Koalitionsvertrag 2021-2026

Stadt im Aufbruch gestalten.

OFFENBACH SPD

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN OFFENBACH STADT

Freie Demokraten Kreisverband Offenbach a. Main FDP

Vertraulich: Nicht vor Montag, 17.05.2021 zu verwenden.

Stadt im Aufbruch gestalten

Mit der Kommunalwahl vom 14. März 2021 haben die Offenbacher Bürger:innen den Parteien den Auftrag gegeben, die Zukunft der Stadt Offenbach mit neuen Mehrheiten zu gestalten. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, bilden die Parteien SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FREIE DEMOKRATEN mit dieser Vereinbarung eine Koalition, um in der Wahlperiode 2021 bis 2026 verlässlich zu regieren.

Offenbach ist eine Stadt im Aufbruch. SPD, GRÜNE und FDP wollen gemeinsam eine Koalition des sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritts bilden, um die Entwicklung der letzten Jahre fortzusetzen. Wir möchten einen offenen, an der Sache orientierten Politikstil pflegen und die Bürger:innen an den politischen Prozessen beteiligen.

Die Finanzsituation der Stadt – ausgelöst durch den Strukturwandel – bleibt angespannt. Die Folgen der Corona-Pandemie verschärfen diese Situation. Die Koalition wird alles daransetzen, die Finanzsituation zu stabilisieren und die Belastungen für die Bürger:innen in Maßen zu halten. Unsere Strategie:

1. Wir legen Wert auf sparsames und effizientes Haushalten. Um die aktuelle Finanzlücke auszugleichen, werden wir alle Kostenfaktoren überprüfen und stellen auch diesen Vertrag unter einen Finanzierungsvorbehalt.
2. Wir wollen neue Unternehmen ansiedeln, die Gewerbesteuer zahlen. Dabei knüpfen wir an die Tradition Offenbachs als Industriestadt an, positionieren aber die Stadt als digitalen und kreativen Standort.
3. Wir kämpfen bei Land und Bund für die vollständige Erstattung der von ihnen geforderten Leistungen.

Qualitatives und nachhaltiges Wachstum für Alle

Mit qualitativem Wachstum bei Wirtschaft, Wohnen und Wissen steigern wir die Anziehungskraft der Stadt: Attraktives Wohnen, gutes Umfeld für Unternehmensansiedlungen und innovative Bildungseinrichtungen. Qualitatives Wachstum beinhaltet ausdrücklich auch nachhaltiges Wachstum. Daher werden wir Offenbach auf den Pfad der Klimaneutralität führen. So übernehmen wir Verantwortung für zukünftige Generationen. Wir nutzen die derzeitige Dynamik, um unsere sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Ziele in Einklang zu bringen und neue Chancen für alle Menschen in unserer Stadt zu ermöglichen und damit „Wachstumsschmerzen“ abzumildern.

Wohnen für Alle

Bezahlbarer Wohnraum für alle Einkommensschichten stellt die größte soziale Herausforderung der nächsten Jahre dar. Wir wollen daher neues Wohnen, um das Wohnangebot zu erhöhen und auch mehr bezahlbares Wohnen zu schaffen. Die Menschen in unserer Stadt sollen ein gutes Wohnumfeld mit lebendigen kulturellen und sozialen Einrichtungen vorfinden. Gutes Wohnen braucht ausreichend gepflegtes Grün, Möglichkeiten zur Naherholung und saubere Luft zum Atmen. Damit betreiben wir auch Stadtreparatur, bringen die soziale Balance ins Lot und erhöhen die Aufenthaltsqualität.

Chancen für Alle

Wir werden unsere Schulen modernisieren und wollen beste Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche schaffen. Damit heben wir das Potenzial unserer jungen Stadt. Jedes Kind ist ein Talent, egal woher es kommt. Auch für Senior:innen und Menschen mit Behinderung wollen wir die Angebote und Einrichtungen unserer Stadt weiterentwickeln. Offenbach soll eine Stadt sein, in der niemand zurück- oder alleingelassen wird und sich jede und jeder entfalten kann.

Wirtschaft für Alle

Gute Arbeit und eine starke wirtschaftliche Basis bilden das finanzielle Rückgrat unserer Stadt. Damit wir die Chancen der Stadt nutzen, müssen wir die erfolgreiche Offensive (Samson) für die Ansiedlung innovativer und zukunftsträchtiger Unternehmen durch eine gestärkte Wirtschaftsförderung und ein verbessertes Stadtimage verstärken. Denn Wirtschaft schafft Arbeitsplätze, und gesunde Unternehmen zahlen Gewerbesteuer.

Moderne und ökologische Mobilität für Alle

Eine verdichtete Stadt braucht eine moderne Mobilität. Offenbach soll ein Ort sein, in dem eine intelligent und digital gesteuerte, sozial gerechte und ökologische Verkehrspolitik dafür sorgt, dass die Menschen ihre individuellen Wege auf ihre Art verfolgen können. Zentrale verkehrspolitische Aufgabe ist es daher, eine funktionstüchtige Infrastruktur für verschiedene Verkehrsträger und Verkehrsarten gleichberechtigt zur Verfügung zu stellen. Dabei setzen wir besonders auf zeitgemäße Angebote wie Carsharing, Fahrradwege und einen leistungsfähigen ÖPNV. Zur Umsetzung dieser Ziele werden wir eine eigene Organisationseinheit Mobilität schaffen.

Innenstadt für Alle

Das Image der Stadt leidet besonders sichtbar am sukzessiven Niedergang der Innenstadt. Die Umsetzung des „Zukunftskonzepts Innenstadt“ hat für uns höchste Priorität, um Offenbach attraktiver zu machen. Gerade vor dem Hintergrund der Corona-Krise und des zunehmenden Online-Shoppings wollen wir die Innenstadt als Ort des Erlebens, des kulturellen Lebens und Zusammenlebens entwickeln und das Einkaufserlebnis stärken. Wir wollen die Aufenthaltsqualität durch mehr Grün, Sauberkeit und Sicherheit erhöhen.

Zukunft für Alle

Mit einer Offensive für Klima- und Naturschutz wollen wir nachhaltige Lebensqualität schaffen und die Verantwortung für unsere Zukunft und Umwelt übernehmen. Wir wollen die Folgen des Klimawandels für die Offenbacher:innen mildern und unseren Beitrag leisten, die globale Erwärmung zu stoppen. Wir sehen die Stadt Offenbach, ihre Akteur:innen in Verwaltung und Wirtschaft ebenso wie jede:n Einzelne:n in der Pflicht, das Zusammenleben in Offenbach ökologisch nachhaltig zu gestalten.

Eine moderne Stadt ist auch eine digitalisierte Stadt. Wir wollen in die Spitzengruppe der Smart Cities aufsteigen. Digitalisierung vereinfacht das Leben, schafft Lebensqualität und bietet große Chancen – für zeitgemäße Bildung, ökonomischen Erfolg, modernes Arbeiten, Nachhaltigkeit, Bürokratieabbau und Verwaltungsservice, aber auch für die Kommunikation miteinander.

Offenbach für Alle

Der soziale Zusammenhalt ist das gemeinsame Fundament, auf dem unsere Stadt steht. Für uns ist es daher essenziell, dass alle Menschen sich als Offenbacher:in wohlfühlen können und die Chance haben, ihre eigenen Potenziale zu entwickeln. Alle sollen an der guten Entwicklung unserer Stadt teilhaben und dazu beitragen können.

Offenbach ist eine weltoffene Stadt. Wir stehen für eine Stadt, in der sich alteingesessene und neue Einwohner:innen als Offenbacher:in wohlfühlen können. Dazu braucht es gemeinsame Werte, Regeln eines guten Zusammenlebens und eine aktive Integrationspolitik, die hilft, dass wir uns verstehen und alle die Chance auf ein gutes, selbstbestimmtes Leben haben. Wir wollen eine Stadt der Vielfalt sein, Vielfalt leben und die Internationalität Offenbachs erlebbar machen.

Mit Mut und Optimismus, aber auch dem nötigen Realismus, wollen wir Offenbach in den nächsten fünf Jahren zum Wohl aller Bürger:innen gestalten.

Haushalt, Finanzen, Wirtschaft und Innenstadt

Der Anfang der 1990er Jahre begonnene Strukturwandel kostete Offenbach mehr als 40% seiner damaligen Arbeitsplätze. Ein guter Teil der Verluste ist aufgefangen, aber weder vollumfänglich noch im Verhältnis zur seither gewachsenen Stadt. Offenbach steht daher noch immer vor enormen finanziellen Herausforderungen. Die Corona-Pandemie hat diese Herausforderung nochmals verstärkt.

Ziel der Koalition ist, dass Offenbach eine moderne und lebenswerte Stadt des 21. Jahrhunderts ist. Hierzu gehört, Offenbach einen entscheidenden Schritt nach vorne zu bringen auf dem Weg zu finanzieller Stabilität, die Innenstadt zu beleben sowie Handel und Gewerbe zu stärken, Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und auszubauen, die Digitalisierung voranzutreiben und die Verwaltung zu modernisieren. Wir wollen hierzu in die Spitzengruppe der Smart Cities aufsteigen, um schneller und einfacher Services für Bürger anzubieten und kosteneffizienter und nachhaltiger zu werden.

Finanzen und Stadtkonzern

KFA

Offenbach erhält aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) durch das Land Hessen wichtige finanzielle Zuweisungen. Auch die höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft ab 2020 war für den Haushalt der Stadt wichtig. Aber: Immer noch tragen Bund und Land die Kosten der Gesetze, die sie beschließen, nicht vollständig. Was Bund und Land nicht bezahlen, bleibt dann an den Bürger:innen Offenbachs hängen. Wir setzen uns gemeinsam mit anderen Städten dafür ein, dass Bund und Land endlich die volle Verantwortung für ihre Gesetze übernehmen, also das sogenannte Konnexitätsprinzip einhalten.

Haushaltskonsolidierung, Grundsteuer und Grundsteuerreform

Ohne einen strikten Sparkurs muss nach derzeitiger Haushaltslage ein Fehlbetrag in zweistelliger Millionenhöhe im städtischen Haushalt prognostiziert werden. Um dem entgegenzuwirken, werden wir eine große Kraftanstrengung im Sparen unternehmen. Ziel der Koalition ist, dieses Defizit zu vermeiden.

Eine „Task Force Sparen“ soll Mittel und Wege aufzeigen, wie wir dem Ziel näherkommen, die Grundsteuer perspektivisch wieder zu senken. Wenn die städtischen Finanzen es zusätzlich zur Lösung dieses Problems zulassen, wird die Koalition darüber hinaus die Grundsteuer zum Ende der Wahlperiode senken. Die anstehende Reform der Grundsteuer werden wir aufkommensneutral umsetzen.

Wachstum und Masterplan

Die Offenbacher Bevölkerung ist in den vergangenen zehn Jahren rasant gewachsen. Für uns ist intelligentes Wachstum eine Chance, die Stadt noch attraktiver und lebenswerter zu machen und auf finanziell gesunde Füße zu stellen. Hierzu gehört eine ausgewogene Balance von Wirtschaft und Wohnen. Zum Wohnen gehört nicht nur das friedliche Miteinander unterschiedlicher Kulturen und Nationalitäten, sondern auch eine Stadtgesellschaft, die alle sozialen Schichten ausgewogen umfasst. Ziel der Ansiedlung neuer Unternehmen ist es, die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern und Arbeitsplätze vor Ort zu schaffen.

Unser Ziel: Der Masterplan ist unsere gemeinsame Klammer für die Entwicklung der kommenden Jahre – wir werden und wollen aus der Krise herauswachsen. Mit qualitativem Wachstum bei Wohnen, Wissen und Wirtschaft und in der Aufenthaltsqualität. Wir wollen bei Wohnen, Wirtschaft und Wissen ein „place to be“ in der Region werden.

Um nach über 5 Jahren (Beschluss 2016) eine erste Bilanz ziehen zu können, werden wir die Infrastrukturkosten des Masterplans überprüfen und die Ergebnisse dieser Überprüfung für die Steuerung eines intelligenten Wachstums nutzen.

Investieren wollen wir vor allem in Bereichen, wo es für die sichtbare Entwicklung der Stadt von besonderer Bedeutung ist und der Umsetzung des Masterplans und des Zukunftskonzepts Innenstadt dient.

Berücksichtigung der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die Koalition bekennt sich zu den 17 globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung der im Rahmen der Vereinten Nationen verabredeten Agenda 2030, den „Zielen für nachhaltige Entwicklung“ (UN-SDG: sustainable developement goals). Ziel ist, weltweit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und dabei die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu bewahren. Dies umfasst ökonomische, ökologische und soziale Aspekte, wie beispielsweise die Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Die Verwendung der Haushaltsmittel sollen diesen 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung konkret dienen. Besonders wichtig ist uns dabei, dass die Gleichbehandlung von Frauen und Männern vorangetrieben wird.

Wir werden daher im Laufe der Wahlperiode nach dem Vorbild anderer Städte einen Einstieg beginnen, Produkte im Haushalt auf die Mittelverteilung im Hinblick auf die SDGs umzustellen.

Stadtkonzern

Wir werden die SOH weiterhin immer dann als Mittel zur Stadtentwicklung nutzen, wenn es für die Stadt von Vorteil ist. Darüber hinaus muss die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und SOH weiter optimiert werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden und die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Verwaltung und Stadtkonzern sind beide „Stadt Offenbach“. Unser Anspruch an die Führungskräfte in Stadtverwaltung und Stadtkonzern ist, sich als eine solche Gemeinschaft zu verstehen. Geschäftsführer:innenposten werden nicht nach Parteibuch besetzt.

Interregionale Zusammenarbeit

Wir wollen die interkommunale und regionale Zusammenarbeit stärken. Hierzu wollen wir uns der vorhandenen Gremien und Institutionen bedienen. Aufgrund der engen Verflechtung mit Frankfurt und einer ähnlichen Interessenslage auf vielen Gebieten wollen wir einen gemeinsamen „Zukunftsausschuss“ mit der Stadt Frankfurt anregen. Ziel soll sein, die großen gemeinsamen Themen im Kernbereich der Region Frankfurt-Rhein-Main wie Wohnen, Digitalisierung, Mobilität oder Klima zu diskutieren und gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten.

Die derzeitigen Strukturen der interregionalen Zusammenarbeit sind zu komplex und spiegeln die Rhein-Main-Region in Ausdehnung und wirtschaftlicher Verflechtung nicht ausreichend wider. Gegenüber dem Land Hessen setzen wir uns für eine Neuausrichtung ein, um der wirtschaftlichen, kulturellen und demografischen Dynamik der Region gerecht zu werden. Ziel sollten schlankere und übersichtliche Strukturen mit klaren Zuständigkeiten sein, die die Metropolregion möglichst vollständig abbilden.

Anlagerichtlinie der Stadt

Soziale, ökologische und ethische Kriterien sollen zukünftig als Richtschnur für die Anlage von Sondervermögen und Rücklagen der Stadt dienen. Wir werden die Anlagerichtlinie der Stadt überprüfen und entsprechend anpassen.

Innenstadt, Wirtschaft, Handel und Gewerbe

Die Ansiedlung neuer Unternehmen wird für die Koalition aus SPD, GRÜNEN und FDP gemeinsam mit dem Oberbürgermeister höchste Priorität haben. Der Umzug von Samson auf den Offenbacher Innovationscampus zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Diesen werden wir konsequent ausbauen, beispielsweise durch schnelle Genehmigungsverfahren, enge Absprachen mit Unternehmen, eine Stärkung der Wirtschaftsförderung oder eine Liberalisierung der Stellplatzsatzung am Kaiserlei.

Der Einzelhandel in der Offenbacher Innenstadt befand sich auch schon vor der Pandemie unter erheblichem Druck durch ein verändertes Einkaufsverhalten. Die Stadt kann dies nicht alleine ändern. Die Koalition aus SPD, GRÜNEN und FDP ist allerdings fest entschlossen, diesem Trend entgegenzuwirken. Hierzu wollen wir mit der sukzessiven Umsetzung des Zukunftskonzeptes einen Beitrag leisten. Mit dem Innenstadtkonzept wollen wir nicht nur dem Einzelhandel, sondern unserer gesamten Innenstadt wieder auf die Beine helfen. Denn: Offenbach braucht ein vitales und pulsierendes Zentrum zwischen Wilhelmsplatz und Kaiserstraße. Wir wollen das „Innenstadt-Versprechen“ erneuern, mit dem Ziel, einen erfolgreichen Mix aus Handel und Versorgung, Unterhaltung und Kultur, Wohnen und Arbeiten zu erreichen.

<u>Zukunftskonzept Innenstadt</u>
Mit dem Zukunftskonzept Innenstadt haben wir ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Belebung und Attraktivitätssteigerung von Offenbachs Zentrum. Wir werden das Zukunftskonzept in den kommenden Jahren schrittweise umsetzen. Mit besonderer Priorität verfolgen wir den Aufbau der Agentur Mitte (insgesamt 3 Stellen), den Umzug der Stadtbibliothek in die Innenstadt, das Kaufhaus Kosmopolis mit regionalen Produkten und internationalem Streetfood-Markt und das Grüne Band für Bewegung und Natur in der Innenstadt

<u>Stärkung des Einzelhandels</u>
Unsere Anstrengungen zur Stärkung des Einzelhandels im Premiumbereich werden wir auf das im Zukunftskonzept definierte Innenstadtgebiet konzentrieren. Zudem möchten wir die großen Kaufhäuser im Rahmen des politisch Möglichen dazu animieren, ihr A-Sortiment auch in der Offenbacher Innenstadt anzubieten. Denn: Die Offenbacher Innenstadt ist aus zahlreichen Stadtteilen von Nachbarkommunen schnell und gut zu erreichen. Diese vorteilhafte Lage des Offenbacher Einzelhandels muss zukünftig wieder stärker beworben werden.

<u>Pop-up-Stores und Fair-Kaufhaus</u>
Leerstehende Geschäfte oder Läden haben häufig einen negativen Einfluss auf ihr unmittelbares Umfeld und können dadurch zu Qualitätsverlusten im Einzelhandel führen. Durch die Förderung von Pop-up-stores (z. B. Unverpacktläden) werden wir diesen Effekten entgegenwirken. Mit einem Fair-Kaufhaus - in welchem fair gehandelte Produkte vertrieben werden - könnte die Innenstadt zusätzlich aufgewertet werden.

<u>Stärkung des Wochenmarktes und des internationalen kulinarischen Angebots</u>
Der Offenbacher Wochenmarkt ist ein Aushängeschild. Wir werden ihn behutsam weiterentwickeln, ohne dass sein Charakter als Erzeugermarkt verloren geht. Zukünftig sollen bestimmte Produkte - beispielsweise Grüne Soße - durch Themenevents stärker profiliert werden.
In einer Stadt mit Einwohner:innen aus mehr als 152 Nationen gibt es eine hohe kulinarische Vielfalt, welche man unter anderem beim jährlichen Mainuferfest erleben kann. Diese kulinarische Internationalität Offenbachs möchten wir stärker positiv hervorheben.

Feste in der Innenstadt
Feste und Veranstaltungen sind ein Mittel zur Schaffung einer vielfältigen und lebendigen Innenstadt. Im Rahmen der Umsetzung des Zukunftskonzeptes Innenstadt möchten wir qualitätsvolle neue Feste dauerhaft verankern.

Wetterwerkstadt
Die Wetterwerkstatt wird zunächst bis Dezember 2022 fortgesetzt, mit der Maßgabe, das Projekt zu verstetigen, wenn es anhaltenden Zuspruch erhält.

Innovationscampus
Auf dem Gelände der ehemaligen Farbwerke entsteht in mehreren Schritten ein attraktiver Gewerbecampus. Wir werden das Gelände nach Vorgabe des Masterplans weiter ausbauen, mit Schwerpunkt als Technologiestandort und dem weiteren Ausbau des Designparks. In dieses versuchen wir ein Gründerzentrum für Digitales und Produktdesign zu integrieren und werden dessen Existenz bis Ende 2026 finanziell absichern.

Wirtschaftsförderung
Die Wirtschaftsförderung ist bei Antragstellungen für bedeutsame Vorhaben der Anwalt der Antragstellenden. Wir werden sie um eine Stelle verstärken, damit Flächenmarketing zukünftig offensiver betrieben werden kann. Die Digitalisierung von Bauanträgen soll zudem Priorität haben, um das Verfahren zu beschleunigen.
Neben der Bestandspflege und der Ansiedlung existierender Unternehmen gehört auch die Unterstützung von Neugründungen zu den Kernaufgaben der Wirtschaftsförderung. Das Niveau der Existenzgründungs- und Finanzierungsberatung, v. a. für den Bereich Kreativwirtschaft, soll daher mindestens erhalten bleiben. Vor allem sollen Gründer:innen zukünftig auch in der zweiten Phase ihrer Gründung unterstützt werden - so genannte „scale-ups“ im Unterschied zu „start-ups“.

Stellplatzsatzung am Kaiserlei
Die Stellplatzsatzung am Kaiserlei wird angepasst, um mehr Flexibilität bei der Ansiedlung von Unternehmen zu haben. Die Anpassung erfolgt ohne Ausweitung der Baufenster.

Digitale Plattform für Einzelhandel
Aufgrund der zunehmenden Beliebtheit des ‚Internetshoppings‘ halten wir es für notwendig, dass die Offenbacher Einzelhändler:innen eine digitale Plattform zum Vertrieb ihrer Produkte nutzen. Wir wollen sie nach Möglichkeit beim Aufbau dieser Plattform unterstützen. Wichtig ist, dass die Plattform auch die außenliegenden Offenbacher Stadtteile umfasst, um auch dort die Einzelhandelsstrukturen zu unterstützen.

Ausschreibungen
Im Rahmen von Ausschreibungen werden mittelstandsfreundliche Losgrößen und Formen gewählt.

Stadtmarketing
Das Stadtmarketing stärkt das Image der Stadt sowohl nach innen als auch nach außen. Offenbach positioniert sich als Standort für die Kreativwirtschaft und fördert so die ansässige und ansiedlungswillige Kreativwirtschaft und das Kreativimage über die Stadtgrenzen hinaus. Zum Handlungsspektrum gehört auch die stärkere Vernetzung von Kreativwirtschaft, Kunstszene, Hochschule und Messe.

Wir werden Standortmarketingaktivitäten für interessierte Verbände und Unternehmen öffnen. Mit der Mitarbeit in der Destination Rhein Main verfolgen wir das Ziel, Offenbach als Standort für Businessreisen zu vermarkten.

Beitritt Frankfurt Main Finance
Wegen der Nachwirkungen des Brexits werden wir der Finanzplatzinitiative Frankfurt Main Finance für fünf Jahre beitreten.

Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung

Eine saubere und sichere Stadt ist ein wichtiges Bedürfnis der Bürger:innen. Unsere Aufgabe ist es, dieses Grundbedürfnis zu erfüllen, damit der öffentliche Raum von der Bevölkerung mit Leben gefüllt werden kann.

Sauberkeit
Offenbachs Bevölkerung ist in den letzten Jahren enorm gewachsen. Ein Mehr an Einwohner:innen bedeutet immer auch ein Mehr an Müll. Um diesen Zuwachs besser bewältigen zu können, werden wir im Rahmen einer Sauberkeitsoffensive die bestehenden Strukturen überprüfen, intensivieren und gegebenenfalls neu ausrichten. Wichtig ist hierbei, dass innerhalb der zahlreichen städtischen Akteur:innen klare Verantwortlichkeiten festgelegt sind. Hinzukommend wollen wir folgende Vorhaben umsetzen:

• eine „48-Stunden-Dreck-weg“ Garantie
• zusätzliche, größere und digitale Papierkörbe (besonders am Mainufer und anderen belebten Orten / Plätzen), die vermehrt mit Vorrichtungen zur Zigarettenentsorgung ausgestattet werden sollten
• erhöhte Reinigungsfrequenz und Entleerung der Mülleimer, insbesondere am Mainufer
• stärkere Bewerbung von Müllhotline und Mängelmelder sowie Ausbau der Funktionalität des Mängelmelders
• unterirdische Wertstoffsammelbehälter, insbesondere Glascontainer, sollen die derzeitigen Container ablösen
• städtisch zur Verfügung gestellte Hundekotbeutel sollen künftig bunt und gut kompostierbar sein
• Altkleidercontainer: die Genehmigung für Organisationen, die Altkleidersammlung betreiben, sollen in Zukunft von der Aufstellung entnahmesicherer Container abhängig sein
• Mehrwegbechersystem (wie z. B. ReCup) etablieren. Pfandbecher müssen langlebig, umweltfreundlich, geschmacksneutral und lebensmittelecht sein
• eine Verbesserung der Mülltrennquote (eventuell durch maschinelle Tests)
• Das Aufkommen von Plastikmüll möchten wir weiter begrenzen. Hierfür wollen wir 1. das Plastikaufkommen auf dem Wochenmarkt sukzessive reduzieren und 2. Ehrenamtliche beim Reduzieren von Plastikmüll bestmöglich unterstützen (z. B. durch die Nutzung von Spülmobilen) sowie 3. den Verzicht auf Plastiktüten und kurzlebige Werbegeschenke auf Märkten und Messen erreichen und schließlich 4. die Verantwortlichkeit für das Thema ‚Plastikfrei‘ bündeln.
• Sauberkeit in Wäldern verbessern durch die Eindämmung illegaler Müllablagerungen und vermehrter Kontrollen der Stadtpolizei
• Kampagnen für mehr Sauberkeit im öffentlichen Raum, insbesondere gegen Hundekot
• Unterstützung pädagogisch sinnvoller Aktionen an Schulen und Kitas, beispielsweise Putzaktionen (Teilnahme an ‚Sauberhaftes Hessen‘)
• Evaluierung der Stabstelle Sauberes Offenbach
• Die Stadtteilbüros sollten Sauberkeit wieder stärker ins Zentrum rücken, beispielsweise durch Ausweitung der Rundgänger:innengebiete.

• Stark zugenommen haben Schmierereien („Graffiti“), ob an privaten Gebäuden, öffentlichen Einrichtungen, Verkehrsanlagen sowie Strom- und Telekomkästen. Wir wollen in Zusammenarbeit mit der Polizei, den Wohnungsbaugesellschaften und dem Förderverein Sicheres Offenbach einen neuen Anlauf zur schnelleren Beseitigung der Schmierereien nehmen. Das im Grundsatz beschlossene Pforzheimer Modell mit dem Anti-Graffiti-Mobil - gleichsam einer schnellen Eingreiftruppe der Malerbetriebe auf Spenden- und Zuschussbasis – wollen wir unterstützen.

Innenstadtwache
Eine Präsenz der Landespolizei an sieben Tagen rund um die Uhr in der Offenbacher Innenstadt ist für das subjektive Sicherheitsgefühl unser Bürger:innen wesentlich. Mit einer Innenstadtwache wollen wir diesem Bedürfnis nachkommen.

Stadtwache
Wir unterstützen die Idee einer Stadtwache.

Freiwilliger Polizeidienst
Wir werden den Freiwilligen Polizeidienst evaluieren und danach entscheiden, ob er fortgesetzt wird.

Videoüberwachung
Videoüberwachung halten wir im öffentlichen Raum nur an Gefahrenschwerpunkten für opportun. Wir werden daher - beispielsweise durch eine befristete Abschaltung - überprüfen, ob der Einsatz von Videoüberwachung an den jeweiligen Standorten noch berechtigt ist.

Bessere Beleuchtung
Wir möchten Wege (insbesondere den Mainufer-Radweg) zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls besser beleuchten, solange dies nicht naturrechtlichen Belangen entgegensteht.

Initiativen gegen Extremismus
Wir verurteilen alle Formen des politischen und religiösen Extremismus. Mit einem Aktionsplan gegen Rassismus und Extremismus wollen wir vor allem dem erstarkenden Rechts- und religiösem Extremismus begegnen.

Digitalisierung

Die Koalition bekennt sich zu den Chancen der Digitalisierung. Unser Anspruch ist es, Offenbach in die Spitzengruppe der Smart Cities zu führen. Um dieses Ziel zu erreichen, entwickeln wir eine unterschiedlichste Bereiche der Stadt und unterschiedlichste Lebensbereiche umfassende Digitalisierungsstrategie mit konkreten Maßnahmen. Die Umsetzung der Strategie wird regelmäßig berichtet und überprüft. Zum Ziel einer Smart City gehören eine moderne Offenbach App, eine digitalisierte Verwaltung, die vermehrte freie Verfügbarkeit von WLAN und eine Open-Data-Strategie ebenso wie ein smartes Verkehrs- und Parkplatzmanagement, digitale Logistikkonzepte, smarte Papierkörbe, digitale Bildung, Digitalisierung von Museumsbeständen und ein Zusammenspiel zwischen stationärem Einzelhandel und einer digitalen Plattform.

Stabstelle Digitalisierung
Die Stabstelle Digitalisierung hat zur Aufgaben, die digitale Transformation der Stadtverwaltung, der Stadtwerke Offenbach Unternehmensgruppe (SOH) und der Stadt insgesamt voranzutreiben. Wir

werden sie um eine weitere Stelle personell ausbauen, um Offenbachs Weg zu Smart City zu beschleunigen.

Offenbach App
Wir werden als Ausdruck der Digitalisierung eine zeitgemäße Offenbach-App etablieren und diese Schritt für Schritt um Funktionen erweitern, wie beispielsweise 1. Informationen zu Verwaltungsangeboten, 2. digitale Parktickets und 3. digitalen Ticketvertrieb für Kulturveranstaltungen etc.

Digitalisierung der Verwaltung
Sämtliche Verwaltungsvorgänge müssen elektronisch über ein Portal erledigt werden können. Wir möchten das Onlinezugangsgesetz umsetzen, damit Bürger:innen nicht mehr in Bürgerämtern vorsprechen müssen. Nicht nur das „Front End“ muss dabei digital zur Verfügung stehen, auch die dahinterliegenden Prozesse sollen neu gedacht und digitalisiert werden. Als Möglichkeit der Bauplanung wollen wir in das sogenannte Building Information Modeling (BIM)einsteigen. Um diese Themen anzugehen werden wir zunächst ein Konzept erstellen lassen.

Open-Data-Strategie
Wir werden eine Open-Data-Strategie entwickeln, mit welcher Daten, die die Verwaltung erhebt und die nicht dem Datenschutz unterliegen, der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Datenschutz und Datenverwertung
Die durch die Digitalisierung gewonnenen Daten müssen durch bestmögliche Sicherheitssysteme geschützt werden. Sie sollten zudem im Besitz der Allgemeinheit verbleiben und nicht durch Dritte verwertet werden.

Digitalisierung der politischen Arbeit
Die politische Arbeit werden wir weitestgehend digitalisieren (z. B. über eine gemeinsame Arbeitsplattform).

Standortvorteil beim Glasfaserkabel
Wir wollen, dass das ganze Stadtgebiet zuverlässig mit leistungsstarkem mobilem Internet versorgt wird und allen Haushalten schnelle Breitbandanschlüsse zur Verfügung stehen. Den Standortvorteil bei Glasfaserkabel-gebundener Kommunikation und Mobilfunkstandard 5G wollen wir nutzen und mit guten Rahmenbedingungen fördern, insbesondere für Firmen, die auf das „Internet der Dinge“ oder „Industrie 4.0“ angewiesen sind.

LoRaWAN
Die intelligente Vernetzung des öffentlichen Raums trägt dazu bei, das Leben in Offenbach effizienter, technologisch fortschrittlicher und nachhaltiger zu gestalten. Daher wollen wir den beschrittenen Weg mit LoRaWAN (Long Range Wide Area Network) konsequent ausbauen.

Frei verfügbares WLAN und Smartbenches
Die freie Verfügbarkeit von öffentlichem WLAN gewinnt stetig an Bedeutung und ist ein wichtiges Differenzierungsmerkmal für fortschrittliche und bürgerorientierte Gemeinden. Wir möchten den Bürger:innen ein möglichst flächendeckendes und freies WLAN zur Verfügung stellen. Hierfür könnten beispielsweise auch Smartbenches genutzt werden. Auch Busse wollen wir nach Möglichkeit mit WLAN ausstatten. Dabei soll insbesondere auf Datenschutz und Netzneutralität geachtet werden.

Öffentliche Orte zum Arbeiten
Wir wollen nach Möglichkeit neue Formen des Austauschs und der öffentlichen Kommunikation schaffen und deshalb vermehrt öffentliche Orte zum digitalen Arbeiten schaffen („Public We Work“).

Digitales Monitoring des Wassernetzes
Wir werden prüfen, inwieweit ein digitales Monitoring kommunaler Leitungsnetze möglich ist und ob sich hierdurch Leitungsverluste und Instandhaltungsaufwand optimieren lassen.

Verwaltung

Bürgerbeteiligung
Wir werden den Beschluss zu den Leitlinien Bürgerbeteiligung umsetzen und hierfür eine Stelle schaffen.

Ausbildungsplätze
Wir werden dafür sorgen, dass die Anzahl der Ausbildungsplätze im Rathaus und in den städtischen Gesellschaften weiterhin hoch bleibt und noch ausgebaut wird.

Englisch als Servicesprache
Wir wollen Englisch als ergänzende Servicesprache in städtischen Behörden, jedenfalls in der online-Variante, idealerweise auch im Präsenzbetrieb.

Stadtentwicklung

Eine Stadt, in der man gut und gerne lebt

Offenbach lebt auch vom Kontrast zwischen seiner dicht bebauten, kleinen, fußläufig erlebbaren Innenstadt, den innerstädtischen Quartieren und den Stadtteilen mit eher ländlichem Charakter inklusive viel Naturraum.

Das Zukunftskonzept Innenstadt soll fortgeführt und ausgebaut werden. Wichtige Projekte wie der Umbau von Marktplatz, Wilhelmsplatz und die Aufwertung der Innenstadt bestimmen unser Programm für die nächsten Jahre.

Außerdem wollen wir die Entwicklung der Quartiere voranbringen, damit sie den Bürger:innen noch besser gerecht werden: Für höhere Lebensqualität, alltägliche Versorgung und gesellschaftliches Miteinander. Eine Voraussetzung dafür ist das Vorhandensein von zugänglichem öffentlichem Raum, weshalb wir dafür sorgen werden, dass mehr unverstellter Platz zur Verfügung steht und zur Aufenthaltsqualität beiträgt.

Mehr Grün zu schaffen und Grün zu erhalten ist für uns eine zentrale Aufgabe, um unsere Stadt schöner zu machen und lebensfähig zu halten. Wir werden unsere Grünflächen qualitativ und quantitativ aufwerten. Jede kleine Grünfläche kann dazu beitragen: Bestehende Grünflächen sollen deshalb gesichert und qualitativ aufgewertet werden, neue Grünflächen sollen insbesondere durch Entsiegelung, Ankauf von Flächen, der Begrünung von Dächern und auch Fassaden sowie flächensparendes Bauen hinzugewonnen werden.

Wir bekennen uns zu den städtebaulichen Leitlinien und entwickeln dieses Instrument in einem Prozess, der die laufend gesammelten Erfahrungen einschließt, fortlaufend weiter.

Marktplatzumbau

Als wichtige Lebensader unserer Stadt muss der Marktplatz städtebaulich und verkehrstechnisch aufgewertet werden. Zentrale Voraussetzung dafür ist eine angemessene Verkehrsberuhigung des Marktplatzes, gekoppelt an einen reibungslosen Fuß- und Fahrradverkehr sowie den ÖPNV. Dazu gehört auch eine weitestgehende Barrierefreiheit. Daher werden wir den aktuellen Umbau des Marktplatzes einvernehmlich unterstützen und mit der Realisierung der Umweltspur im nördlichen Teil des Marktplatzes aus dem Projekt ‚Umsetzung Nahverkehrsplan 2018 – 2022' fortsetzen. Im Anschluss daran wollen wir bewerten, ob das Ziel einer angestrebten Verkehrsberuhigung sowie einer höheren Aufenthaltsqualität erreicht wurde. Gleichzeitig wollen wir nachdrücklich die Vollendung des Marktplatzumbaus bis hin zum Wilhelmsplatz ins Auge fassen, welcher auch das Salzgässchen und die Bieberer Straße umfasst. Für den angestrebten Umbau sollen sämtliche Förderquellen erschlossen werden. Die zuständigen Planer:innen sollen dabei überprüfen, ob ein städtebauliches Element in Anlehnung an das historische Uhrtürmchen in das laufende Projekt des Marktplatzumbaus optisch integrierbar ist - ein traditioneller städtebaulicher Akzent, der den Bürger:innen ans Herz gewachsen ist und als historischer Treffpunkt einlädt.

Wilhelmsplatz

Unser Wilhelmsplatz, „die gute Stube der Stadt", liegt den Offenbacher:innen besonders am Herzen. Der Aufenthaltsqualität dieses Platzes mit Wochenmarkt und angesiedelter Gastronomie gilt unser Augenmerk, gerade hinsichtlich seiner Besucher:innen und Anwohner:innen. Für ein verbessertes Ambiente werden wir die westlichen und östlichen Seitenstraßen für den motorisierten Durchfahrtsverkehr sperren, und zwar mittels versenkbarer Poller, die auch weiterhin eine Zufahrt für die Anwohner:innen wie auch für die Marktbeschicker:innen des Wochenmarktes zulassen. Für die drei Markttage werden wir unter Beteiligung der Betroffenen (Marktbeschicker:innen, IHK, Gastronom:innen, Einzelhändler:innen) ein Ladezonenkonzept entwickeln. Bis es so weit ist, soll für Marktkunden ein "early shopping"-Zeitfenster bis 11 Uhr zum Befahren der Seitenstraßen gelten, das direktes Einladen von größeren Einkäufen ermöglicht. Bis zur Realisierung der Poller werden wir diese Übergangslösung bereits ab diesem Sommer mit Hilfe von Hinweistafeln sowie Absperrungen und Kontrollen umsetzen. Mit der Sperrung entfallen auf der östlichen und westlichen Seitenstraße des Wilhelmsplatzes auch die Parkplätze vor der Gastronomie, die in der Wahrnehmung der urbanen Qualität des Platzes eher als Barrieren empfunden werden.

Im Verlauf der weiteren Planung in der zweiten Phase des Marktplatzumbaus werden wir auch die zusammenhängende, verkehrsberuhigte Ausgestaltung des Wilhelmsplatzes in den Blick nehmen: Über alle umgebenden Seitenstraßen hinweg, von Hauskante zu Hauskante.

Hauptbahnhof

Der Offenbacher Hauptbahnhof ist ein identitätsstiftendes und bauhistorisch bedeutsames Gebäude mit großem verkehrstechnischem, wie auch gemeinnützigem, Potential, welches aktuell ungenutzt bleibt. Deshalb wünschen wir uns, dass dieses Kulturdenkmal endlich saniert wird und ein neues Nutzungskonzept erhält. Dazu werden wir den Dialog mit der Deutschen Bahn und der Initiative ‚Hauptbahnhof aktiv' unterstützen. Wir streben einen funktionsfördernden und barrierefreien Umbau des Bahnhofes an: Gesteigerte Nutzer:innentauglichkeit und Voraussetzungen für eine verbesserte Verkehrsanbindung (Mobilitätsdrehscheibe, Car- und Bike-Sharing,

Straßenbahnanschluss). Für die Aufwertung des Senefelder-Quartiers ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Hauptbahnhof auch als Gebäude wieder an Attraktivität gewinnt. Er soll zu einer wichtigen Zentralstation für die Innenstadt werden, indem wir das Bahnhofsgebäude wieder als ansprechenden Ankunftspunkt der Stadt etablieren und es für eine vielfältige, gemeinwohlorientierte Nutzung, mit einer gesunden Mischung aus Kultur, Sozialem und Gewerbe, öffnen. Hierbei greifen wir auf die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zurück, in der verschiedene Betreibermodelle, Nutzungsmöglichkeiten und Finanzierungen eingehend erörtert werden. Dabei werden wir auch prüfen, welche städtischen Nutzungen sich in das Konzept integrieren lassen.

Bieberer Bahnhof

Wir setzen uns für den Erhalt des historischen Bahnhofsgebäudes Bieber und eine sinnvolle und identitätsstiftende Nutzung dieses Gebäudes ein.

Trauerhalle Neuer Friedhof

Der Beschluss zum Neubau soll überarbeitet und geprüft werden, wie die Rosenheim-Fenster in einen Neubau integriert werden können. Die Koalition strebt eine Lösung an, die den Erhalt der Rosenheim-Fenster im Gebäude ermöglicht.

Mainuferparkplatz

Der Mainuferparkplatz liegt an einer prominenten Stelle im Stadtgebiet.
Die Fläche dient dem Parken und der Erholung der Menschen aus den angrenzenden dichtbebauten Gründerzeitgebieten.

Die aktuelle Situation ist sehr unbefriedigend und wird diesem Standort nicht gerecht.

Wir werden einen Gestaltungswettbewerb durchführen mit den Themen Erholung, Naturraum, Wohnen und Parken (Messe/Capitol/Innenstadt). Für Erholung soll der überwiegende Anteil der Fläche zur Verfügung stehen. Der Gestaltungsbeirat ist dabei einzubeziehen.

Um den besonderen Anforderungen im Überschwemmungsgebiet gerecht zu werden, werden von Anfang an Landschafts- und Umweltplaner in den Wettbewerb maßgeblich eingebunden.

Verbindungsstraße zwischen Bieber Nord und der Mühlheimer Straße

Wir wollen die Verbindungsstraße zwischen Bieber Nord und der Mühlheimer Straße mit straßenbegleitendem Radweg zur besseren Erreichbarkeit der östlichen Gewerbegebiete und zur Verringerung des Durchfahrtsverkehrs durch Bieber und vor allem der Bieberer Straße sowie der Unteren Grenzstraße. Damit entlasten wir die Anwohner von Lärm- und Schadstoffemissionen. Ziel ist es, in diesem Zusammenhang die Bieberer Straße und die Untere Grenzstraße mit Radwegen und Begrünung alleenartig aufzuwerten und zu attraktiven Straßenzügen zu entwickeln. Die Koalition strebt dabei einen Rückbau der Bieberer Straße (je eine Richtungsfahrbahn) an. Beim Neubau einer Schienenquerung in Höhe der Laska-Brücke wollen wir die Chance nutzen, eine gute Fuß- und Radverkehrsverbindung über die Gleise zu schaffen und möglichst einen Anschluss an das Neubaugebiet am ehemaligen Güterbahnhof Ost an den Main zu schaffen. Bei der Verlängerung der Verbindungsstraße zwischen Bieber Nord und der Mühlheimer Straße sollen das Gebäude und Gelände der OVO sowie der Kleingärten weitestgehend erhalten bleiben. Sofern dies nicht möglich sein sollte, wird für wegfallende Kleingärten und Gebäude und das Gelände der OVO ein Ersatz

gestellt. Im Rahmen der Planung und des Neubaus sind die naturschutzrechtlichen Belange zu berücksichtigen und wir werden in diesem Sinne für genügend Ausgleichsflächen auf Offenbacher Gemarkung sorgen.

Begrünung

Neue Grünflächen sollen durch gezielte Maßnahmen hinzugewonnen werden: Entsiegelung, Ankauf von Flächen, die Begrünung von Dächern und auch Fassaden sowie flächensparendes Bauen. Um unser Grün und unseren Boden zu schützen, werden wir ein nachhaltiges Bewässerungskonzept etablieren und die Grundwasseranreicherung fördern, indem mehr Niederschlagswasser versickert wird. Das Programm Zukunft Stadtgrün werden wir fortsetzen und das Projekt ‚Grünes Band Innenstadt' zügig angehen.

Konkret verfolgen wir folgende Maßnahmen:
1. Bäume und Miniparks
Wir starten ein 1000-Bäume Programm mit folgenden Schwerpunkten: Ersatz abgestorbener Bäume, ein Baumkonzept für die Fußgängerzone, Umsetzung des Grünen Bandes Innenstadt, sowie eine Aufwertung des Straßenraums und der großen Verkehrsachsen. Hier ist uns der grüne Ringschluss im Anlagering und der begrünte Anschluss des Goetherings an den Main besonders wichtig. Wir werden jedes kleinste Potenzial nutzen, auch Grünstreifen an Gehwegen und Pocket Parks, deren Öffnung wir unterstützen.

2. Neue grüne Flächen: Horizontal und vertikal
Durch flächensparendes Bauen und Entwicklung aller Begrünungspotenziale sorgen wir für mehr Grünfläche. Wir werden Anreize schaffen für die Einrichtung vertikaler Gärten und Hochbeete, für die Entsiegelung und Bepflanzung von Hinterhöfen und Vorgärten sowie für Dach- und Fassadenbegrünungen. Bei Neubauten wollen wir eine Dach- oder Fassadenbegrünung verpflichtend umsetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Maßnahmen als kommunale Klimaanpassungsmaßnahmen gefördert werden. Außerdem wollen wir den Ankauf von Flächen zur Umwandlung in eine nutzbare Grünfläche prüfen, insbesondere in stark verdichteten Vierteln. Dafür bietet der Freiflächenentwicklungsplan eine sehr gute Grundlage.

3. Bürger:innenprojekte fördern, Menschen für mehr Grün gewinnen
Privatinitiativen wie Urban Gardening, Saisongärten, Entsiegelungen, Hof-, Dach- und Fassadenbegrünungen müssen stärker unterstützt werden. Dazu sollen die städtischen Beratungs- und Informationsleistungen deutlich gesteigert werden.

4. Nachhaltige Begrünung
Wir brauchen Standort- und Klimawandel-gerechte Bepflanzungen, damit Begrünungen nachhaltig sind. Bei Neuanpflanzungen werden wir vorrangig auf den Einsatz heimischer und klimagerechter Arten achten, sowie vermehrt Obstbäume an geeigneten Stellen pflanzen.

5. Schwammstadtkonzept
Wir werden die Potenziale für Regenwasserversickerungen zur Grundwasserneubildung besser nutzen. Dazu werden nicht nur Flächen entsiegelt, sondern auch der Anteil der Versiegelung wird schon im Rahmen der Bauplanung reduziert. Für das städtische Grün werden wir so ein effektives und wassersparendes Bewässerungskonzept etablieren.

6. Schatten zum Wohlfühlen

Wir begrünen geeignete Stellen explizit mit dem Ziel, dass Menschen sich im Schatten aufhalten und entspannen können. Das ist uns insbesondere auf öffentlichen Plätzen, in der Innenstadt und auf Spielplätzen ein Anliegen.

7. Wasser und Erfrischung

Wasser ist ein wichtiger Baustein in der Klimaanpassungsstrategie von Kommunen. Wir werden konsequent für öffentliche Trinkbrunnen auf öffentlichen Plätzen, in Parks, Spielplätzen und Schulen sorgen. Dazu gehören auch Feuchtigkeitsspender wie beispielsweise Nebelbrunnen auf Plätzen und Wasserspeier.

Quartiere, Ortskerne und (Zwischen-)Nutzungen

Ausgehend vom Leitbild einer lebendigen und sicheren Stadt der kurzen Wege, mit der man sich identifizieren kann, fördern wir die Entwicklung der Kieze und gemischter Quartiere. Hierzu zählen insbesondere geeignete Treffpunkte und eine bedarfsgerechte wohnortnahe Versorgung, was sowohl die fußläufige Grundversorgung als auch Angebote im kulturellen Bereich umfasst.

Dabei ist uns eine Verbesserung und die Sicherung von stadtteilbezogenen Nahversorgungsmöglichkeiten und Dienstleistungen zur Stärkung gemischter Quartiere wichtig, die ergänzend sind und nicht in Konkurrenz zum Wochenmarkt stehen.

Zur Unterstützung der durch die Pandemie in Notlage geratenen Gastronomie, und damit auch zum Wohle der Allgemeinheit, wollen wir großzügige Sondernutzungen für den Außengastronomiebereich ermöglichen. Das betrifft gegebenenfalls auch den angrenzenden Parkraum bei Beachtung der Umsetzungsqualität im Sinne der Gestaltungssatzung.

Wir fördern weiterhin die aktive Zwischennutzung leerstehender Gebäude und ungenutzter Flächen, zum Beispiel für Kunstschaffende, Student:innen oder Start-ups.

Wir werden den laufenden Stadtentwicklungsprozess „Aktive Ortskerne Bieber und Bürgel" im Rahmen des Landesprogramms "Lebendige Zentren" fortführen. Die Ergebnisse der Bürger:innenbeteiligung sind für uns von zentraler Bedeutung. Dabei können wir uns gut vorstellen, dass senior:innengerechte Trimmgeräte, Sitzgelegenheiten, eine bessere Ausleuchtung zentraler Plätze, wie auch von Spielplätzen, eine attraktive Bereicherung sind. Am Dalles werden wir uns für die historische Gestaltung von Ortskern und Altstadt einsetzten. Wir streben eine Überprüfung der Planung für das Mainufervorgelände Bürgel / Rumpenheim an, mit dem Ziel einer weitgehend historischen Herstellung des Geländes mit freien Ausblicken auf den Main.

Auch Rumpenheim sollte, wie Bieber und Bürgel, im Rahmen einer städtebaulichen Förderung attraktiver gestaltet werden. Der Schlosspark Rumpenheim ist sowohl für Erholung, kulturelle Nutzung und als Biotop von zentraler Bedeutung. Daher werden wir das Parkpflegewerk für den Schlosspark weiter umsetzen.

Es soll geprüft werden, ob im Rahmen der Regionalparkroute RheinMain die Rekonstruktion der historischen Wetterstation, die sich ehemals auf dem Maindamm befand, gefördert und installiert werden kann.

Für das Kaiserlei-Gebiet ist im Masterplan die Schaffung des Parks am Nordcap vorgeschlagen. Wir wollen mit Bürgerbeteiligung prüfen, welche innovative, öffentliche Freizeitnutzung dort geschaffen werden könnte.

Wohnen

Offenbach wird für immer mehr Menschen ihr neues Zuhause. Wir werden die Weichen stellen für ein Wohnen für alle, mit mehr Wohnqualität, bezahlbarem Wohnen für alle Einkommensgruppen in gemischten Wohnquartieren. Dafür wollen wir auch prüfen, wie Offenbach sich an europäischen Programmen für Quartiersprojekte beteiligen kann.

Bezahlbares Wohnen

Wir halten an den in den städtebaulichen Leitlinien vorgesehenen 30% als Anteil für geförderten Wohnungsbau fest. Darüber hinaus wollen wir genossenschaftliches Wohnen stärken. Bei großen Investitionen streben wir eine "Mittelstandsklausel" an, nach der sich Investor:innen verpflichten, einen Anteil der frei finanzierten Wohnungen zu bezahlbaren Mieten anzubieten. Schließlich soll die Einführung eines "Offenbach-Fonds" geprüft werden, bei dem private Anleger:innen zusammen mit der Stadt oder der Sparkasse in die Erstellung von Wohneinheiten des mittelpreisigen Segments investieren können.

Die GBO hat für uns eine aktive Rolle, die sich mindernd auf die Mietpreisentwicklung in Offenbach auswirkt. Wir streben an, die GBO als Instrument für geförderten Wohnungsbau zu stärken und die aktuelle Quote der geförderten Wohnungen stabil zu halten. Es soll auch der zweite Förderweg für mittlere Einkommensgruppen berücksichtigt werden. Wir werden den Anteil der geförderten Wohnungen in Offenbach auch durch einen Ankauf und die Verlängerung von Belegungsrechten stabil halten.

Zudem möchten wir Wohnungsbesitzer:innen motivieren, Wohnungen direkt an die GBO zu vermieten. Damit soll die Schwelle für Wohnungsbesitzende sinken tatsächlich zu vermieten und den vorhandenen Wohnraum auch bereitzustellen.

Wohnraum schaffen – in Balance zwischen Wachstum und Umwelt

Im Bestand wollen wir eine Bauentwicklung und Nachverdichtung, wodurch bestehende bauliche Gegebenheiten neu akzentuiert und bereichert werden. Wir setzen uns außerdem für Bestandsstabilisierung durch Modernisierung und Anpassung von bestehenden Gebäuden ein.

Die drei im Grundsatzbeschluss bereits vereinbarten Wohngebiete Bürgel Nord-West, Bieber-Waldhof West und Bürgel Süd sollen möglichst schnell entwickelt werden. Falls der Wohnungsdruck dann weiterhin in dieser Höhe bestehen sollte, kann die Entwicklung der zwei weiteren Wohnbaupotenzial-Gebiete im Masterplan (Rumpenheim Nord-West und Bürgel Süd-Ost) angegangen werden. Ziel ist bei diesen Gebieten ein guter Mix aus Mehrfamilienkomplexen und kleinteiliger Bebauung. Bei der Entwicklung von Neubaugebieten nehmen wir Rücksicht auf Frischluftschneisen und eine Balance zwischen Wachstum und Umwelt. Dazu verfolgen wir innovative Stadtentwicklungskonzepte, nutzen das Instrumentarium der kooperativen

Wohnlandentwicklung und setzten auf Bauqualität, Wohnqualität und Nachhaltigkeit sowie zukunftsweisende Verkehrskonzepte, wie in Bieber-Waldhof West.

Wir verfolgen das Ziel, strategisch wichtige Flächen für die Stadtentwicklung aufzukaufen. Die Koalition bekräftigt die Geltung der aktuellen Beschlusslage, dass städtische Erbbaugrundstücke grundsätzlich nicht verkauft werden sollen.

Alle Generationen berücksichtigen und Menschen zusammenbringen

Wir wollen dafür sorgen, dass mehr barrierefreie Wohnungen - auch für große Familien mit geringem Einkommen - zur Verfügung stehen, nicht nur im Neubau, sondern auch im Bestand. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass die GBO mehr barrierearme und barrierefreie Wohnungen anbietet. So wollen wir uns bei Neuanschaffungen, Neuplanungen und baulichen Veränderungen bis hin zur Stadtplanung die konsequente Berücksichtigung von Behindertengerechtigkeit und Barrierefreiheit durchsetzen. Es ist uns wichtig, bei der Wohnungspolitik die altersgerechte Quartiersentwicklung zu berücksichtigen.

Darüber hinaus wollen wir in Offenbach studentisches und Azubi-Wohnen weiter fördern.

Wir wollen mehr generationenübergreifende Projekte und Aktivitäten fördern - etwa, indem wir generationenübergreifende Begegnungsräume schaffen. Die Möglichkeit für alternative Wohnformen wollen wir durch entsprechende Berücksichtigung in Bebauungsplänen verbessern. Wir möchten weiterhin für alternative und gemeinschaftliche Wohnkonzepte, wie Mehrgenerationenhäuser oder genossenschaftliches Wohnen, werben, interessierte Bürger:innen und Initiativen unterstützen sowie organisatorisch und fachlich beraten (Runder Tisch). Für diese Vorhaben und Anliegen soll es eine zuverlässige Ansprechperson bei der Stadt geben. Wir befürworten die Vergabe von Grundstücken über das Konzeptverfahren.

Wir möchten prüfen, inwieweit ein Programm „Wohnen gegen Hilfen“ aufgelegt werden kann, wodurch junge Menschen gegen eine geringere Miete mit Senior:innen oder beeinträchtigten Menschen zusammenwohnen und im Gegenzug einige Arbeiten rund um das Wohnen übernehmen können.

Wir wollen prüfen, inwieweit sich Offenbach an städtebaulichen EU-Programmen beteiligen kann, insbesondere mit dem Ziel der Stärkung der Nachbarschaftsgefüge.

Leerstand umwandeln und hybride Nutzungen

In Offenbach gibt es derzeit viel ungenutzten Büroraum. Auch hier ist zu prüfen, ob mit Änderungen in den Bebauungsplänen auch alternative Nutzungen vorangetrieben werden können. Wir möchten mit einer unbürokratischen Herangehensweise dort Gewerbeflächen in Wohnflächen oder in Mischnutzung umwandeln, wo es für Gewerbestandorte risikolos ist.

Wir befürworten die hybride Nutzung von Gebäuden bei städtischer Bebauung und werden beim Neubau von Supermärkten immer prüfen, ob eine Aufstockung mit Wohnungen möglich ist.

Wohnraum erhalten

Wir werden die Entwicklung der Zusammensetzung der Bewohnerschaft der Quartiere beobachten. Dazu werden wir fachamtliche Expertise in Form von regelmäßigen Berichten über die Situation einholen. Bei Bedarf, etwa wenn Wohnraum zum Spekulationsobjekt wird, werden wir angemessene, von den fachlich Zuständigen empfohlene Instrumente einsetzen.

Wir werden eine Wohnungssicherungsstelle einrichten, die ein Konzept gegen Wohnungslosigkeit und für den Erhalt bestehenden Wohnraums erarbeiten wird und daran arbeitet, präventiv zu verhindern, dass Menschen ihre Wohnungen verlieren und in Notunterkünften untergebracht werden müssen. Dies ist besser für die Betroffenen und erzeugt weniger Kosten für die Stadt.

Bau- und Wohnsubstanz verbessern

Wir wollen im Rahmen eines Paktes mit den großen Wohnbaugesellschaften die Motivation schaffen, dass wenig oder nicht gepflegte Bausubstanz aufgewertet wird. Hier wollen wir konkrete Projekte als Anreize zur Verbesserung der baulichen Struktur entwickeln.

Zur Aufwertung der Innenstadt und zur Vermeidung unerwünschter Entwicklungen werden wir die Beschlüsse zum "Städtebauliche Sanierungsverfahren" (Sanierungssatzung) und zur Aufstellung des Bebauungsplans „Innenstadt“ weiterverfolgen.

Die Stadt wird konsequent gegen die Eigentümer:innen von sogenannten Schrottimmobilien vorgehen. Dazu werden wir eine schlagkräftige Arbeitsstruktur in diesem Bereich aufbauen und die Anzahl der Kontrollen erhöhen. Wir streben an, präventiv und operativ und mit Hilfe von weiteren Akteur:innen, wie etwa der GBO, problematische Objekte vom Markt zu nehmen.

Mobilität

Mobilität stellt ein menschliches Grundbedürfnis dar, ermöglicht Teilhabe an der Gesellschaft, spielt eine große Rolle für die Lebensqualität in Offenbach und ist für den Wirtschaftsstandort Offenbach von großer Bedeutung. Daher werden wir eine Organisationseinheit Mobilität schaffen, welches die Belange der vier Verkehrsarten motorisierter Individualverkehr (MIV), öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Radverkehr und fußläufiger Verkehr unter einem Dach vereint.

Mobilität ist ein überaus wichtiger Faktor für die Wirtschaft und somit für die Frage, welche Unternehmen sich in Offenbach ansiedeln. Unser Ziel ist die Ermöglichung einer **intelligenten Mobilität**, bei welcher der ökonomische Fußabdruck mit dem ökologischen in Balance steht und dem Wachstum der Stadt Rechnung trägt. Wir stehen daher für die **gleichberechtigte Etablierung aller Verkehrsträger** und für alle Verkehrsteilnehmer:innen und werden den **Luftreinhalteplan** konsequent umsetzen. Die Gewährleistung der **Sicherheit** aller Verkehrsteilnehmer:innen am Straßenverkehr ist uns ein großes Anliegen.

In einer wachsenden Stadt stellen wir uns der Herausforderung, mehr Mobilität, dennoch weniger Staus und mehr Verkehrsberuhigung sowie ein bedarfgerechtes, bezahlbares Mobilitätsangebot zu ermöglichen.

Zentral für die Mobilität der Zukunft in Offenbach, das mitten im Ballungsgebiet Rhein-Main liegt, ist die engmaschige **Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger** und eine **intelligente, innovative Ampel- und Verkehrssteuerung,** um eine ökologische und emissionsarme Verkehrsführung zu ermöglichen.

Mit einem innovativen, bedarfsgerechten Mobilitätsangebot für die Offenbacher Bürger:innen wollen wir den Umstieg von einem Verkehrsträger auf den anderen erleichtern. Zentral dafür ist die Entwicklung einer **digitalen Plattform** sowie ein Ausbau der Infrastruktur für Schienen-, Rad- und Fußverkehr. Für Wege, welche vorwiegend zu Fuß zurückgelegt werden, ist der Offenbacher Nahmobilitätsplan von besonderer Bedeutung, von dem wir daher drei Maßnahmen pro Jahr umsetzen wollen. Der Radverkehr soll über den weiteren Ausbau von Radwegen und die Möglichkeiten der neuen Straßenverkehrsordnung schnell, bequem und sicher werden. Als Grundlage für den Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) dient der aktuelle Nahverkehrsplan 2018-2022, zu dem wir uns bekennen. Dessen Neuaufstellung bietet die Chance, konzeptionelle Veränderungen zu prüfen und damit die Attraktivität der öffentlichen Mobilität in Offenbach weiter zu steigern und die Bezahlbarkeit zu sichern. Dabei kann auch eine digitale Plattform ein nützliches Hilfsmittel für den smarten Transport von Tür zu Tür sein. Sie könnte zusammen mit Drittanbieter:innen entwickelt werden und angebots- und anbieterübergreifend den individuell optimalen Mix der verschiedenen Verkehrsträger bereitstellen.

Wir sehen den bereits beschlossenen Prozess für die Erstellung eines übergreifenden gesamtheitlichen Verkehrsentwicklungsplan als zentral an und werden diesen als **Masterplan Verkehr** entschlossen vorantreiben. Es sollen dabei alle Verkehre gleichberechtigt berücksichtigt werden und alle Verkehrsarten (MIV, ÖPNV, Rad- und Fußverkehr) sowie Verkehrsmittel in die Prüfung mit einbezogen werden, beispielsweise Straßen- und U-Bahnen, sowie moderne, innovative Verkehrssysteme wie E-Scooter, Seilbahnen und Wassertaxis.

Mit dieser Herangehensweise sichern wir die Erreichbarkeit der Innenstadt, als Maßnahme zur Stärkung der Einkaufsstadt. Wir bauen den Charakter Offenbachs als **Stadt der kurzen Wege** aus und sichern die Lebensqualität ihrer Einwohner:innen.

Öffentlicher Personennahverkehr

Unser Ziel ist ein innovatives, bedarfsgerechtes Mobilitäts-Angebot für die Offenbacher Bürger:innen. Die Neuaufstellung des Nahverkehrsplans (NVP) bietet die Chance, konzeptionelle Veränderungen zu prüfen und damit die Attraktivität der öffentlichen Mobilität in Offenbach weiter zu steigern. Bestandteil dieser Prüfung sollen auch mit dem Beschluss des neuen Personenbeförderungsgesetzes nun zulässige Angebote sein, beispielsweise Angebote, mit Kleinbussen mehrere Fahrtwünsche zu bündeln (so genannte Pooling-Verkehre/Sammel-Taxis), insbesondere in den Tagesrandzeiten, mit der Option darüber auch durchgängig nächtliche Verkehre anbieten zu können. Bei der Einführung von Innovationen wird darauf geachtet werden, dass diese an weitere, derzeit noch nicht mögliche Konzepte (z. B. autonome Busverkehre), anschlussfähig sind. Die Neuaufstellung des NVP bis Sommer 2022 erfolgt unter der Überschrift der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV und Überprüfung der Kostenstruktur mit dem Ziel, Einsparpotenzial aufzuzeigen. Zur Prüfung dieser neuen Konzepte wird ein externer Fachberater einbezogen.

Im Rahmen des NVP soll zudem insbesondere geprüft werden:

- wie eine schnellere Verbindung aus den Stadtteilen an die S-Bahnstationen ermöglicht werden kann (Schnellbuslinien)
- Ringverbindungen zwischen den Stadtteilen
- Verstärkte Verknüpfung zu anderen Mobilitätsformen (z. B. Car- und BikeSharing)
- Weg zu MaaS (mobility as a service) auch im Hinblick auf weitere Digitalisierungsschritte
- Verbindung mit den weiteren Rahmenplänen der Stadt

Im Rahmen des NVP soll zudem geprüft werden, wie die Schulbusverkehre in Offenbach verbessert werden können.

Wir setzen uns für eine Leistungsausweitung sowie eine sozialverträgliche Preisgestaltung und die Weiterentwicklung von Flatrate-Ticket Lösungen (365 €-Ticket) im RMV ein. Die Wabenlösung, *electronic ticketing* und streckenabhängige Fahrpreise betrachten wir als sinnvolle Zwischenlösungen. Wir werden uns beim Bund sowie dem Land für alternative Finanzierungsmodelle des ÖPNV einsetzen, sodass perspektivisch die kostenlose Nutzung des ÖPNV eingeführt werden kann. Eine Ko-Finanzierung des ÖPNV aus dem städtischen Haushalt sehen wir als erforderlich an. Diese Kosten müssen jedoch der Haushaltslage der Stadt Offenbach angemessen sein, sodass wir diese deckeln werden.

In Zusammenarbeit mit den Offenbacher Einzelhändler:innen wollen wir ein Rückvergütungssystem für Tickets des öffentlichen Nahverkehrs anstreben. Hoteliers wollen wir dafür gewinnen, Übernachtungsangeboten inklusive kostenfreier Nahverkehrstickets anzubieten.

Wir werden uns für den Bau eines Bahnrings im Rhein-Main-Gebiet in Form der Süd-, Ost- und Westtangente einsetzen, an den OF angebunden ist. Dafür werden wir die Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren suchen, wie z. B. dem RMV, der DB und der Verkehrsministerien auf Bundes- und Landesebene. Deswegen wollen wir auch den Bau des Fernbahntunnels, als Schlüsselelement in der Bahninfrastruktur, u. a. mit einer frühzeitigen Bürger:innenbeteiligung, kritisch begleiten.

Von besonderer Bedeutung für Offenbach sehen wir die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für den Ringschluss der Straßenbahnlinie 16. Diese Ergebnisse werden wir auswerten sowie die Planung und den Bau weiter vorantreiben.

Digitalisierung, Logistik und Verkehrsentlastungen

Wir wollen prüfen, wie eine digitale Datenplattform aufgebaut werden kann, welche die Daten der Offenbacher Verkehrssysteme erfasst und die Daten in kommunaler Hoheit sichert. Wir sehen dies als möglichen Grundstein für die Etablierung autonomer Verkehre.

Um die Versorgung der Innenstadt mit Waren zu sichern und gleichzeitig die Belastungen der Bürger:innen zu minimieren, wollen wir die Optimierung des An- und Abtransports von Waren vorantreiben. Dabei wollen wir die Möglichkeiten unternehmensübergreifender Logistikkooperationen (City-Logistik) und den gemeinsamen Einsatz elektrischer Fahrzeuge im kleinräumigen Lieferverkehr mit kleinen und mittelgroßen Fahrzeugen sowie Lieferbündelung durch Speditionskooperation prüfen.

Der LKW-Durchfahrtsverkehr durch die Innenstadt soll reduziert werden.

Um eine Entlastung für den Bürgeler Ortskern zu erreichen, werden wir prüfen, wie eine Verbindung zwischen Mainzer Ring und der Mainstraße gelingen kann, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belange des Innovations-Campus (ehem. Allessa-Gelände) und der Sicherstellung der Renaturierung des Kuhmühlgrabens.

Wir wollen Spielräume nutzen, um Anwohner:innen an stark befahrenen Straßen zu entlasten und deren Sicherheit zu erhöhen. In Prüfungen sollen der Brunnenweg, die Frankfurter Straße und die innerörtlichen Straßen in Rumpenheim einbezogen werden.

Für eine Erhöhung der Sicherheit durch die Kontrolle der Einhaltung bestehender Tempolimits werden wir einen neuen Blitzer anschaffen.

Wir wollen die Einrichtung von offenen Superblocks (nachhaltiges, verkehrsberuhigtes Stadtquartier) anhand von Pilotprojekten testen. Bei Neubaugebieten sollte diese Möglichkeit gleich mitgedacht werden.

Fußverkehr

Neben dem Auto-, Bus-, Schienen- und Radverkehr stellt der Fußverkehr, als natürlichste und ursprünglichste Mobilität, eine eigenständige Verkehrsform dar. Durch eine konsequente Umsetzung von Maßnahmen aus dem Nahmobilitätsplan kann insbesondere dieser Verkehrsträger gestärkt werden. Besonders Kinder und ältere Bürger:innen gehen viel zu Fuß. Fußgänger:innen sind zudem die verwundbarsten Verkehrsteilnehmer:innen. Um den Bedürfnissen von Fußgänger:innen gerechter zu werden, werden wir dafür sorgen,

- dass bei Bürgersteigen eine begehbare Mindestbreite von 2,50 Meter zur Verfügung steht und Verkehrsinseln als Querungshilfen deutlich vergrößert werden. In diesem Sinne wollen wir auch prüfen, wo Parkplätze vom Gehweg auf die Fahrbahn zurückverlegt werden müssen, um gefährliche oder unzumutbare Verhältnisse für Fußgänger:innen zu verhindern.
- dass neue Fußwege in einer Mindestbreite von 3 Metern hergestellt werden.
- dass sichere Querungsmöglichkeiten geschaffen werden, bei denen an Ampelschaltungen auf eine relativ kurze, angemessene Wartedauer für Fußgänger:innen geachtet wird.
- dass als Einfahrtsbeschränkungen zu Fußgängerzonen versenkbare Poller oder Schranken installiert werden.

Vor Schulen und Kitas werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Verkehr zu entschleunigen oder herauszunehmen.

Wir werden als Pilot einen autofreien Tag in einem Karree ausprobieren, welcher an ein Event gekoppelt sein soll, wie z. B. ein Stadtteilfest o. ä. (beispielsweise Goetheplatz / Goetheschulen- oder Senefelderstraßenfest). Bei positiven Erfahrungen werden wir dies perspektivisch ausweiten.

Um den Fußverkehr zu stärken, werden wir ein eigenes Budget für diese Verkehrsart einrichten.

Fahrradverkehr

Wir sehen den Fahrradverkehr als eine zentrale Komponente des Individualverkehrs. Alle Magistralen und Ringe sollten durchgängig und nicht nur abschnittsweise einen markierten, baulich getrennten, separaten Radweg bekommen. Wo dies baulich nicht möglich ist, müssen andere Maßnahmen getroffen werden, um Radfahrer:innen zu schützen. Wir befürworten sowohl den Ausbau des überörtlichen Radwegenetzes und der Radschnellwege als auch flächendeckend im innerstädtischen Bereich der Fahrradstraßen und Radwege, bzw. Fahrradstreifen. Besonderes Augenmerk legen wir bei Letzteren auf deren gute Verknüpfung, sodass ein dichtes und logisches Radwegenetz in der Stadt entsteht, an das insbesondere auch die Schulen angebunden werden sollen.

Um den Bürger:innen den Umstieg auf das Rad zu ermöglichen, muss auch entsprechender Parkraum für Fahrräder zur Verfügung gestellt werden. Daher werden wir Sorge tragen für:

- Mehr sichere, überdachte und mehrstöckige Radabstellanlagen im öffentlichen Raum im gesamten Stadtgebiet- vorzugsweise an Umstiegsorten zum ÖPNV.
- Unterstützung der Einrichtung von Radabstellanlagen im privaten Bereich.
- Umwandlung von Kfz-Parkplätzen in Radstellplätze.
- Adäquate Abstellmöglichkeiten für Lastenfahrräder, weshalb bei der Modellwahl für Abstellanlagen diese Radform mitgedacht werden soll.
- Die Prüfung eines weiteren Fahrradparkhauses, z. B. am Hauptbahnhof.
- Die verstärkte Aufnahme von Lastenfahrrädern in das Leihsystem für Fahrräder.

Wir wollen prüfen, wie man das Programm "Ein Kind ein Rad" auflegen und Fahrradkurse ausweiten kann.

Wir wollen eine Fahrrad-Streife bei der Stadtpolizei einrichten, die schwerpunktmäßig in der Innenstadt, am Mainufer und in Parks eingesetzt wird. Sie soll neben ihrer alltäglichen Arbeit auch einen besonderen Augenmerk für den Schutz von Fahrrad- und Fußverkehr vor Behinderungen legen sowie das faire Verhalten der Fahrradfahrer:innen stärken.

Analog zum Fußverkehr werden wir, um diese Verkehrsart weiter zu stärken, ein eigenes Budget für diese Verkehrsart einrichten.

Autoverkehr

Gute logistische Lösungen helfen Pkw-Fahrer:innen Nerven, Zeit und Geld zu sparen und vermindern gleichzeitig die Luftbelastung. Mit der technischen Umrüstung zahlreicher Lichtsignalanlagen und der Schaffung einer intelligenten, innovativen Ampel- und Verkehrssteuerung schaffen wir auch die Grundlage für eine Verkehrsverflüssigung und die Reduzierung von Staus.

Gute logistische Lösungen für die Reduzierung des Parksuchverkehrs helfen ebenfalls Nerven, Zeit und Geld zu sparen und vermindern gleichzeitig die ökologischen Folgekosten des Parksuchverkehrs. Daher wollen wir, dass es möglich wird, die Information über die Situation der verfügbaren Parkplätze in den Parkhäusern digital abzurufen in der Offenbach-App. Zusätzlich werden wir prüfen, ob auch Stellplätze im öffentlichen Straßenraum dabei miterfasst werden können, wofür wir in Folge entsprechende Pilotprojekte ins Auge fassen.

Um mehr kostbaren öffentlichen Raum für Menschen nutzbar zu machen, setzen wir uns für Quartiersgaragen ein. Dabei setzen wir auf kostenneutrale Lösungen für die Stadt. Möglicherweise könnten diese in bereits bestehenden Parkhäusern in der Innenstadt oder beispielsweise im Senefelder-Quartier eingerichtet werden. In neuen Wohngebieten, zum Beispiel Waldhof-West, könnten diese zentral geplant und errichtet werden.

Das schon angeschobene Projekt des smarten Parkens mittels Handyparken und kostenlosem Kurzzeitparken in der Innenstadt wird fortgesetzt, ebenso das kostenfreie Parken für Elektroautos. Die Ausweitung auf alle weiteren Formen von schadstoffarmen Autos wird befürwortet. Wir wollen prüfen, wie in Zusammenarbeit mit den Parkhausbetreiber:innen im erweiterten Stadtbereich das heutige Parkleitsystem ausgeweitet werden kann. Bis es ein weiter ausgebauter ÖPNV unnötig macht, wollen wir prüfen, wie ein Senior:innenparkticket für den öffentlichen bewirtschafteten Parkraum eingeführt werden kann, um ein kostengünstigeres Parken für Senior:innen zu ermöglichen.

Wir wollen Parkplätze, die unter der Woche gewerblich und öffentlich genutzt werden, abends und am Wochenende privaten Nutzer:innen, bzw. der Nachbarschaft mit Anwohnerparkausweis, verfügbar machen.

Wir werden prüfen, wo im Straßenraum Parkraum gewonnen werden kann, indem die Parkplätze schräg statt längs der Fahrtrichtung angeordnet werden.

Wir möchten es den Bürger:innen ermöglichen, vom Auto in den Nahverkehr umzusteigen. Daher finden wir die bestehenden P+R Plätze sinnvoll und wollen prüfen, ob es sinnvolle weitere Optionen gibt, z. B. in der Nähe von S-Bahnstationen.

Wir treten für ein Parkkosten-Rückvergütungssystem für die ganze Innenstadt ein, wie dies beispielsweise in Teilbereichen des Einkaufszentrums KOMM und am Hafen bereits funktioniert.

Emissionsarme Mobilitätsformen und Sharing-Angebote

Um den Umstieg auf emissionsarme Verkehrsantriebsformen zu erleichtern, wollen wir ein engmaschigeres Netz der Ladestellen für Elektromobilität ausbauen oder fördern. Neben dem Aufbau von Schnellladestationen wollen wir prüfen lassen, ob auch an Straßenlaternen Lademöglichkeiten eingerichtet werden können.

Im Prozess der Weiterentwicklung des NVP wollen wir Car- und Bike-Sharing Angebote (offen für sowohl „free floating“, als auch stationsgebundene Modelle) fördern. Dafür werden wir mehr Abstellflächen schaffen und in der Stellplatzsatzung verankern. Unser Ziel ist es, die Attraktivität des Car-Sharing zu steigern, indem es in einem regionalen Verbund verankert ist.

Klima

Die Folgen des Klimawandels abzumildern, gehört für uns zu den wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre. Zugleich bekennen wir uns zum Klimaschutz. Wir werden daher das Klimakonzept 2035 sukzessive umsetzen und gezielt Klimaanpassungsmaßnahmen ergreifen. Gleichzeitig wollen wir eine Strategie erarbeiten, wie Offenbach schnell zur einer klimaneutralen Stadt weiterentwickelt werden kann.

Bauen und Klimaschutz

Dem Bauen kommt eine zentrale Rolle beim Klimaschutz zu. Wir werden daher darauf achten, dass bestehende, vorhabenbezogene und neue Bebauungspläne klimarelevanten Forderungen in besonderem Maße standhalten. Dazu sollen in den Bebauungsplänen konkrete Vorgaben zur Begrünung, Versickerung, Verdunstung, zur Regenwassernutzung und Rückhaltung von Niederschlagswasser (Regenwassermanagement) sowie zu energetischen Mindeststandards und zur ergänzenden Nutzung von Solarenergie gemacht werden. Insbesondere an öffentlichen Gebäuden sollen Zisternen zur Nutzung von Niederschlagswasser eingerichtet werden.

Bei städtischen Neubauten werden wir auf eine möglichst klimaneutrale Bauweise achten.

Zur weiteren Förderung von klimagerechtem Bauen wollen wir eine Auszeichnung schaffen, mit der besonders gelungene Objekte mit einer Plakette geehrt werden. Das Beratungsangebot für die

energetische Sanierung bestehender Gebäude werden wir fortführen und dabei Doppelstrukturen vermeiden.

Parallel zum bestehenden Programm zur Fassadenbegrünung soll für die Fassadengestaltung und -sanierung im Bestand nach Fördermöglichkeiten gesucht werden.

Bei der Sanierung von Straßen werden wir klimagerechte Baustoffe einsetzen, wie. z. B. hellen und versickerungsfähigen Asphalt.

Die Maßnahmen zur Entsiegelung von Flächen (Mulden, Rigolen, wasserdurchlässige Oberflächenbefestigungen) lassen sich gut mit der zentralen Niederschlagsentwässerung kombinieren und in vielen Fällen positiv in das Stadtbild einfügen, z. B. in Form von Regenwasserspielplätzen.

Energieversorgung

Eine CO_2-freie Energieerzeugung und -versorgung ist ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt. Deswegen setzten wir auf einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung, den Ausbau der Solarenergie und eine klimafreundliche Nutzung von Fern- und Abwärme. Dazu haben wir Folgendes vereinbart: Unser Ziel ist ein schnellstmöglicher Ausstieg aus der Kohleverstromung schon vor 2029, den wir in Zusammenarbeit mit der EVO vorantreiben wollen.

Wir streben an, alle geeigneten öffentlichen Dächer bis 2026 mit Solarenergieanlagen auszustatten, einschließlich eines Umsetzungsplans. Zum weiteren Ausbau der Solarenergie werden wir prüfen, ob in Zusammenarbeit mit der EVO und / oder Sparkasse ein "Solaraktien-" oder „Bürgersolaranlagen-Modell“ erarbeitet werden kann. Parallel dazu werden wir in Zusammenarbeit mit der EVO auch Mieterstrommodelle prüfen, insbesondere bei größeren Gebäudekomplexen. Diese Modelle können mit einer großen Solarkampagne der Stadt inklusive Beratungsangeboten begleitet werden, ebenfalls zusammen mit der EVO. Ein Pilotprojekt und eine Werbekampagne für Photovoltaikanlagen für Mieter:innen und Eigentümer:innen unter dem Motto „Sonnenenergie für alle!“ wäre eine weitere sinnvolle Unterstützung. Dabei könnte das Umweltamt mit der EVO/ENO und den zugelassenen Elektrounternehmen eine Arbeitsgruppe einrichten, die für Mini-PV-Anlagen einen einfachen Installations- und Anmeldeprozess erarbeitet und eine gemeinsame Werbeaktion entwickelt.

Im Rahmen der Digitalisierung sind Rechenzentren ein wichtiger Bestandteil, deren Ansiedlung wir grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Sie sollten möglichst energieeffizient geplant werden. Wir werden prüfen, ob die Abwärme zur Fernwärmeversorgung von Wohn- und Geschäftshäusern genutzt werden kann. Zeitnah werden wir eine Bestandsaufnahme über bestehende und geplante Rechenzentren einleiten, deren fiskalische und ökonomische Effekte sowie deren Wirkungen auf Stadtentwicklung, die Energieversorgung und für die Erreichung der Klimaziele erheben und kommunale Handlungsfelder und Vorgaben auf Energie- und Abwärmeeffizienz der Rechenzentren sowie die Nutzung von nachhaltigen Energien ausloten lassen.

Städtische Planungs-, Vertrags- und Genehmigungsprozesse sollen gewährleisten, dass die Nutzungspotenziale erneuerbarer Energien ausgeschöpft werden.

Der Gründung einer Offenbacher Bürger-Energiegenossenschaft stehen wir positiv gegenüber. Wir wollen prüfen, wie die Stadt eine solche Gründung unterstützen kann.

Wir regen bei der EVO an, dass der Grundtarif auf Ökostrom umgestellt wird.

Um die Akzeptanz der Bürger:innen gegenüber klimafreundlichen, alternativen Energiequellen zu stärken, wollen wir eine transparente Informationspolitik, die die Kostenstruktur offen darlegt.

Wo der Anschluss an das Fernwärmenetz nicht wirtschaftlich ist, soll die EVO weiterhin als Betreiberin von dezentralen Nahwärmekraftwerken auftreten. Die Stadt und die Energieversorger sollen zusammen ein Konzept entwickeln für die verlässliche, klimafreundliche und wirtschaftliche Weiterentwicklung der Fernwärmeversorgung. Wir wollen die Potenziale von Abwärme und Einspeisungsmöglichkeiten im Stadtgebiet nutzen. Dafür wollen wir die Potenziale im Wärmesektor, auch für nichtstädtische Gebäude, erheben und beratend tätig werden.

Wald

Uns ist der Gleichklang von sozialen, ökonomischen und ökologischen Ansprüchen auch bei der Bewirtschaftung des Waldes wichtig. Auch der Stadtwald bleibt nicht von den Folgen der Erwärmung verschont. Daher muss auch hier in der Holzbewirtschaftung eine Anpassung an den Klimawandel erfolgen, die nicht nur die ökonomischen, sondern auch die sozialen und ökologischen Ansprüche erfüllt.

Naturschutz

Naturnahe Gebiete wollen wir erhalten und schützen. Daher kümmern wir uns konkret um Folgendes:

Verbliebene naturnahe Gebiete in Stadtnähe wie die Bieberaue, der Bürgeler und Rumpenheimer Mainbogen und der Buchhügel sollen erhalten bleiben. Wir wollen prüfen, welche weiteren Gebiete als besonders schützenswerte Flora-Fauna-Habitate bzw. Naturschutzgebiete ausgewiesen werden können.

Auch werden wir prüfen, ob in Waldheim Regenwasser gesammelt und durch den Kuhmühlgraben in den Feuchtgebieten versickert werden kann.

Lärmschutz

Wir wollen vor allem Wohngebiete vom Lärm entlasten. Dazu haben wir folgendes Ziel vereinbart:

Wir werden uns für die Umsetzung des Lärmaktionsplans und mit besonderem Nachdruck für den Lärmschutz von Wohngebieten (wie z. B. entlang der A 661, der B 448 sowie an Bahntrassen) einsetzen. Offenbach soll sich auch in Zukunft an Studien der Lärmwirkungsforschung beteiligen und diese selbst anregen.

Flugverkehr

Die Stadt Offenbach wird sich weiterhin in den einschlägigen Gremien für eine nachhaltige Reduzierung des Fluglärms in Offenbach und der Region einsetzen. Grundlage bildet die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene 10-Punkte-Forderung. Dazu gehört insbesondere die

Forderung nach einer Ausdehnung der Nachtflugbeschränkungen auf die gesetzliche Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr und die Umsetzung von Maßnahmen des Aktiven Schallschutzes. Sie begrüßt deshalb den aktuellen Probetrieb für den *Segmented Approach* und fordert seine anschließende Überführung in den Regelbetrieb für einen relevanten Anteil der Flugbewegungen. Auch die deutliche Anhebung des Anflugwinkels zur Steigerung der Überflughöhe muss vorangebracht werden.

Die Stadt Offenbach fordert außerdem ein neues Programm zur Förderung von Maßnahmen des passiven Schallschutzes sowohl für Privatpersonen als auch für Gebietskörperschaften. Vom Land Hessen erwartet sie eine Verstetigung und Steigerung der bisher nur geringen Beträge aus dem Fonds für nachhaltig Kommunalentwicklung („Regionalfonds“).

Um Reformen bei den bundesgesetzlichen Regelungen zum Schutz vor Fluglärm voranzubringen, wird die Stadt Offenbach weiterhin Studien und Forschungsprojekte zur Lärmwirkungsforschung mit unterstützen. Aufgrund der aktuellen, aber auch längerfristigen Entwicklung im Flugverkehr fordert Offenbach eine Überprüfung der Bauverbotszonen. Die Stadt akzeptiert die Einschränkung ihrer Planungshoheit und Selbstverwaltung und damit ihrer Entwicklungsmöglichkeiten durch diese Zonen nicht.

Schule und Bildung

Wir wollen faire Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten für alle Kinder. Darum hat Bildung für die Koalition höchste Priorität. Die wachsende Stadt stellt uns auch vor große Herausforderungen im Bildungsbereich.

Schulbau und Sanierungsprogramm für die Zukunft

Wir werden das Schulbauprogramm fortsetzen. Mit den geplanten Neubauten und Erweiterungen gemäß dem fortzuschreibenden Schulentwicklungsplan wird der zusätzliche Raumbedarf gedeckt. Das Polizeigebäude und -gelände an der Berliner Straße soll für schulische Zwecke genutzt werden. Am Güterbahnhof wird ein neues Gymnasium errichtet. Neben dem neuen Gymnasium soll angestrebt werden, an zwei weiteren Gesamtschulen schrittweise Oberstufen einzurichten.

Die Koalition bekennt sich zur Vielfalt der Schulformen und -profile und der Freiheit bei deren Auswahl. Der Ausbau der Schulen erfolgt soweit möglich nach dem Bedarf.

Darüber hinaus wird ein Zeitplan für die weiteren Schulsanierungsmaßnahmen erstellt. Diese werden über die im Haushalt verankerte Schulbaupauschale und Drittmittel finanziert.

Die Schulgemeinden und insbesondere Schulleitungen werden in Form einer Handreichung an die Elternbeiräte darauf hingewiesen, dass bei Schulbauprojekten und anderen wichtigen Beschlüssen eine Mitsprache im Vorfeld gesetzlich vorgesehen ist. Um diese sicherzustellen, soll das entsprechende Protokoll der Schulkonferenz den Unterlagen an die Stadtverordneten zu den Beschlussfassungen beigelegt werden.

Wir werden sehr bald eine Schulbaurichtlinie erarbeiten. Diese soll uns wichtige Standards verdeutlichen: Voraussetzungen für inklusive Beschulung, Ganztagsfähigkeit, großzügige Schulhöfe, Anpassung an den Klimawandel, Lüftung mit Filtermöglichkeiten (CO_2, Viren, Pollen) sowie Schutz vor Nachhall und Lärm von außen und energetisch bestmögliche Sanierungen. Raumklima und Lärmschutz lassen sich durch Fassadenbegrünung verbessern. Geprüft werden soll auch die Berücksichtigung von Konzepten individualisierten Lernens mit Lernlandschaften.

Die Koalition wird Schulen durch die benötige Ausstattung dabei unterstützen, wenn diese einen MINT-Schwerpunkt etablieren wollen. Ziel sind MINT-Schwerpunkte für alle Bildungswege.

Schulen (entschlossen) digitalisieren

Der Digitalpakt wird weiterhin so schnell wie möglich umgesetzt. Im Zuge des Ausbaus von WLAN in die Klassenräume, auch mit Zugang für die eigenen Geräte der Schüler:innen, und Präsentationstechnik besteht die Notwendigkeit des Supports.

Mit finanzieller Hilfe des Landes und des Bundes wollen wir den IT-Support der Schulen massiv und zügig ausbauen, gegebenenfalls erst einmal mit Fremdfirmen und Springern für eine Übergangszeit. Dazu sind mindestens 14 weitere Stellen notwendig. Unser Ziel ist, dass am Ende jede größere Schule eine eigene IT-Fachkraft mit medienpädagogischen Kenntnissen bekommt, eine sogenannte „digitale Hausmeister:in“.

Zudem sollen Schulungsmöglichkeiten für die Gerätenutzung ausgebaut und beworben werden. Diese sollten möglichst vor Ort Lehrkräften, Eltern und Schüler:innen niedrigschwellig grundlegende Fähigkeiten und medienpädagogische Inhalte vermitteln, auch in den Grundschulen.

Auf Wunsch von Schulen sollen Backup-Möglichkeiten mit alten Tafeln erst einmal neben der neuen Technik erhalten bleiben.

Schulen sollen bei der Erstellung von Homepages und der Verbesserung der Kommunikation mit den Eltern unterstützt werden. Die Koalition wird wegen der steigenden Schüler:innenzahlen und neuen Anforderungen die Personalausstattung der Sekretariate evaluieren und an den Bedarf anpassen.

Für mehr Schulsozialarbeit und Inklusion

Die Koalition will deutlich mehr Schulsozialarbeit und sieht hierbei weiter das Land in der Pflicht. Die Koalition wird zur Planung weiterer Maßnahmen die zügige Erhebung des Ist-Stands der Schulsozialarbeit an den Schulen beauftragen und bei besonderen Bedarfen soweit möglich nachsteuern. Ziel ist mindestens eine Fachkraft pro Schule. Hierzu müssen alle Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden.

Unser Ziel ist die Realisierung eines inklusiven Schulsystems in Offenbach. Dazu gehört, soweit möglich, die Herstellung von Barrierefreiheit in den Schulgebäuden, die Einrichtung weiterer Kooperationsmodelle zwischen allgemeinbildenden und Förderschulen und die Unterstützung inklusiven Unterrichts durch die Teilhabeassistierenden gemäß Sozialgesetzbuch VIII. Wir brauchen, vor allem in den Schulen, mehr soziale Projekte, welche Begegnungen ermöglichen und Berührungsängste abbauen. Daher setzen wir uns für mehr Möglichkeiten zum Austausch und Kennenlernen in Form von schulübergreifenden Projekten ein.

Für eine gesunde und bewegte Schulzeit

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Offenbacher Schulen eine Gesundheitsfachkraft bekommen und unterstützen Bewerbungen für dieses Landesprogramm nach Kräften.

Die Koalition unterstützt den zuckerfreien Vormittag an Grundschulen und wird hierfür gegebenenfalls durch den Magistrat ein Konzept als Handreichung zur Verfügung stellen. In den Mensen soll auf Wunsch der Schulen auch ein sprudelfähiger Trinkwasserspender verbaut werden.

Die Koalition wird darauf achten, dass nach dem derzeit geplanten Ausbau ausreichend Möglichkeiten für den schulischen Schwimmunterricht vorhanden sein werden.

Die Offenbacher Schulen werden, wie bisher, bei der Erstellung der Schulwegpläne unterstützt und die Umsetzung der Maßnahmen transparent und zeitnah den Schulen dargestellt, damit mehr Kinder lernen, ihren Schulweg selbst und sicher zu bewältigen. Insbesondere soll eine Evaluation nach Umsetzung der Maßnahmen erfolgen. Im Umgang mit dem Hol- und Bringverkehr („Elterntaxis“)

wollen wir an Schulen und Kitas Lösungen suchen und diese Verkehre stärker kontrollieren und begrenzen.

Mehr Ganztag in der Schule

Die Koalition unterstützt die Schulen, die sich auf den Weg zur Ganztagsschule (Profil 3) machen und Ganztagsklassen anbieten. Zur Entwicklung kreativer Ideen zur Umsetzung von Ganztagsangeboten (Profil 3) soll es eine Ansprechpartner:in geben (z. B. zur Lösung von Raumproblemen).

Da es sich bei dem Anspruch auf Ganztagesangeboten an Grundschulen um eine bundesrechtliche Regelung handelt, muss die Finanzierung des Ausbaus in diesem Bereich von Bund und Land erfolgen. Wir wollen dem gesetzlichen Anspruch entsprechen und den flächendeckenden Ausbau ganztägiger Angebote in allen Stadtteilen vorantreiben, damit jedes Kind, das einen Ganztagsplatz an einer Offenbacher Grundschule möchte, auch einen solchen Platz bekommt.

Da die Organisation der Ganztagsbetreuung durch Fördervereine an ihre Grenzen stößt, wollen wir eine rechtliche Dachstruktur in der Stadt für die Personalbewirtschaftung und andere organisatorische Aufgaben für Schulen schaffen.

Für die Koalition zählt aber nicht nur Quantität, sondern vor allem Qualität. Wir brauchen den pädagogisch vernünftig gestalteten Tag. Dazu müssen, stärker als bisher, beispielsweise Sportvereine oder Musik- und Jugendkunstschule mit ihren Angeboten in einen rhythmisierten Schultag integriert werden. Nur mit einer ordentlichen Mensa sowie mit Mediatheken und Freizeiträumen kann man einen qualitativ hochwertigen Ganztagsschulbetrieb gestalten, auch an den weiterführenden Schulen.

Sprachförderung

Die Koalition vereinbart, die Sprachförderung weiter auszubauen. Ohne gute deutsche Sprachkenntnisse sind beruflicher Erfolg und Integration nicht möglich. Wir wollen daher die Sprachförderung über Kitas und Schulen bis zu den Angeboten für Erwachsene bei der VHS verstärken. Neben den Pflichtkursen brauchen wir auch die freiwilligen Angebote wie z. B. „Mama lernt Deutsch“ auf Dauer. Das erfolgreiche Projekt „Deutschsommer“ für Grundschüler:innen mit Intensivtraining in Sprachferien wollen wir finanziell dauerhaft sichern, ebenso das anspruchsvolle Diesterweg-Stipendium. Die Sprachen aus den Herkunftsländern der Migrant:innen sind aber auch eine Chance auf dem internationalen Arbeitsmarkt der Region. Kinder, die zu Hause zweisprachig aufwachsen, sollten die Herkunftssprache in der Schule entwickeln können.

Viele Eltern suchen für ihr Kind mehrsprachigen Unterricht – etwa in Englisch. Die Koalition unterstützt daher mehrsprachige Angebote auch an staatlichen Grundschulen. Ziel ist auch, adäquate Angebote im weiterführenden Schulbereich zu schaffen.

Bildung ist mehr als Schule

Auch außerhalb der staatlichen Bildungsinstitutionen gibt es ein reichhaltiges Bildungsangebot. Hierfür soll eine digitale Landkarte für Schulen aufgebaut werden, aus der ersichtlich wird, wo welche Angebote an außerschulischen Lernorten vorhanden sind. Diese sollte insbesondere mit den Angeboten der VHS verknüpft werden. Die vorhandenen Angebote werden weiter gefördert und unterstützt. Museums- und umweltpädagogische Angebote für Kinder sollen gefördert und mobile Angebote in den Stadtteilen sollen stärker unterstützt werden. Auch Stadtteilbüros können mehr als Lernorte genutzt werden.

Der Erziehungs- und Bildungsbericht (EBO) soll weiterentwickelt und dabei die Informationsbedürfnisse von Schulen noch stärker berücksichtigt werden. Ebenso wird die Koalition das Bildungsmanagement als kommunale Aufgabe weiter voranbringen, um zu helfen, die

Zusammenarbeit von Kitas und Schulen zu intensivieren und die Übergänge zwischen den Bildungsphasen und Einrichtungen zu verbessern. Das Offenbacher "Bildungsbüro" ist hierbei ein zentraler Baustein mit umfassender und individueller Bildungsberatung. In diesem Zusammenhang soll auch die Erlangung von Schulabschlüssen gefördert werden.

Die Volkshochschule wird dabei unterstützt, ihre digitalen Angebote auch nach der Pandemie weiter auszubauen. Ziel ist mehr begleitetes Online-Learning von zu Hause.

Die Koalition wird sich für die Ansiedlung einer weiteren Hochschule in Offenbach mit Schwerpunkten in Wachstums- bzw. Zukunftsbereichen einsetzen.

Das Kulturdenkmal Isenburger Schloss und sein Umfeld sollte nach einem Umzug der HfG besser gepflegt werden. Für die Bestandsgebäude der HfG streben wir einen universitäre Nachnutzung an.

Kultur

Das Kulturleben in Offenbach ist vielseitig und strahlt mit seiner Kreativbranche auch über die Stadtgrenzen hinaus. Wir wollen daher die kulturellen Einrichtungen stärken und weiter unterstützen.

Pandemiefolgen bewältigen

Als ersten Schritt werden wir eine Evaluation vornehmen um herauszufinden, ob und welche weiteren Hilfen nach Corona für die hiesigen Kulturbetriebe nötig sind.

Mit Kulturentwicklungsplan in die Zukunft

Wir wollen einen Kulturentwicklungsplan anstoßen. Dessen Ziel ist es, für die nächsten Jahre in Zusammenarbeit mit den Kulturschaffenden die Herausforderungen des Offenbacher Kulturlebens zu erarbeiten und Lücken im kulturellen Angebot für verschiedene Bevölkerungsgruppen zu schließen. Dabei soll auch die freie Szene einbezogen werden. Angesichts der knappen städtischen Mittel bedarf es einer Prioritätensetzung bei der Maßnahmenplanung.

Für Kultur effektiv werben

Ergebnisoffen soll geprüft werden, ob sich durch die Gründung einer 'Kultur-GmbH' und der weiteren Bündelung von Zuständigkeiten finanzielle bzw. organisatorische Vorteile ergeben könnten und somit die Offenbacher Kulturangebote effizienter in der Region beworben werden können.

Künstler:innen fördern

Zur Förderung von Künstler:innen, wird jährlich eine (Nachwuchs-)Künstler:in des Jahres aus verschiedenen künstlerischen Sparten durch die Kulturkommission gekürt werden. Als Preis wird ein einjähriges „Kultur-Stipendium“ im Wert von 1.000 € pro Monat durch die Stadt ausgelobt. Es soll geprüft werden, ob hierfür auch private Mittel eingeworben werden können.

Wir werden wieder einen Literatur-Preis ins Leben rufen. Sein Ziel ist es, die Bekanntheit einer Offenbacher Schriftsteller:in zu befördern und durch die Einbindung in städtische Medien und die Herausgabe eines Schriftbands zu erhöhen.

Für die freie Kulturszene werden wir einen geeigneten Förderweg prüfen, mit dem Ziel, dieser ein gesondertes Budget zur Verfügung stellen zu können.

Mehr kulturelle Teilhabe der Jugend

Kindern und Jugendlichen, die bisher von den Kulturangeboten wenig erreicht wurden, werden wir die kulturelle Teilhabe erleichtern. Hierfür soll es eine Kulturkarte mit finanziellen Vorteilen für Kinder und Jugendliche aus finanzschwachen Familien geben. Dazu sollen Zuschüsse aus Landes- und Bundesförderprogrammen eingeworben werden. Im Rahmen der Kulturförderung wollen wir auch Projekte an Schulen stärken. Die Kulturangebote sollen in die geplante Karte der außerschulischen Lernorte mit einbezogen werden.

Um Offenbacher Bürgern:innen, vor allem Kindern und Jugendlichen, ein Angebot zu unterbreiten, sich künstlerisch zu bilden und auszudrücken, haben sich Jugendkunstschule und Musikschule bewährt. Beide Institutionen sind weiterhin zu fördern. Ihr Finanzbedarf soll geprüft und nach den Möglichkeiten der Stadt anpasst werden.

Unsere Museen weiterentwickeln

Das Klingspormuseum und das Haus der Stadtgeschichte sind städtische Aushängeschilder und brauchen ein dauerhaft sicheres Finanzfundament. Mit Hilfe von Fördermitteln und Stiftungsmitteln wollen wir eine moderne Didaktik. Im Austausch mit den Schulen wollen wir sie dafür auch stärker auf die konkreten curricularen Bedürfnisse der Schulen ausrichten. Wir wollen in den Museen eine bessere technische und digitale Ausstattung erreichen. Hierzu soll das Haus der Stadtgeschichte stärker in Richtung der klassischen Stadtgeschichte ausgerichtet werden. Die weitere Entwicklung und Prioritätensetzung der Häuser soll auch Inhalt des Kulturentwicklungsplans sein. Wir werden auch prüfen, ob und in welchem Rahmen eine Digitalisierung (von Teilen) der Museumsbestände möglich gemacht werden kann. Die Koalition wird sich auch für die Einführung neuer, sich selbst tragender Veranstaltungsformen wie z. B. „Art After Work“ einsetzen.

Das Deutsche Ledermuseum ist deutschlandweit einzigartig und hat dringenden Sanierungsbedarf. Die Stadt möchte sich an der Machbarkeitsstudie zur Sanierung des Museums beteiligen. Im Rahmen einer Sanierung erwägt die Stadt, einen Eigenanteil der Sanierungskosten zu tragen, wenn Bund und Land jeweils größere Anteile zur Verfügung stellen. Ziel soll ein moderneres, zeitgemäßes Auftreten des Museums sein, sowie eine Sicherung der Sammlungsstücke.

Bunt statt grau – Fassadenkunst für Offenbach

Wir wollen in Offenbach urbane Fassadenkunst auf hohem Niveau etablieren, wie zum Beispiel in Mannheim. Hierzu wollen wir geeignete private und städtische Hauswände finden. Lokale, nationale und internationale Künstler:innen sollen jährlich mehrere hausgroße Kunstwerke erstellen, die Offenbachs Image als Kreativstadt einen enormen Schub verleihen werden. Langfristig wird so eine überregional ausstrahlende Outdoor-Galerie entstehen. Zur Finanzierung sollen Private, geeignete Stiftungsgelder sowie mögliche Landesförderungen herangezogen werden. Daneben wollen wir Graffiti-Künstler:innen auch geeignete Flächen im Straßenraum zur Verfügung stellen und damit kreative Räume schaffen. Auch Schulen und Schüler:innen sollen nach Möglichkeit einbezogen werden.

Kunstszene vernetzen

Wir werden die Vernetzung von kulturellen Einrichtungen der Stadt weiter verbessern. Dabei nehmen wir den Kulturfonds FrankfurtRheinMain in den Fokus und setzen auf gemeinsame Projekte, die den unterschiedlichen Kultureinrichtungen und Kulturvereinen in der Stadt die Möglichkeit geben, größere Vorhaben zu realisieren. Für Projekte unter der 30.000 €-Grenze werden wir das Gespräch mit dem Kulturfonds FrankfurtRheinMain mit dem Ziel suchen, sie auch umsetzen zu können. Projektideen können auch proaktiv seitens des Kulturamts entwickelt werden.

Die Koalition wird auch weiterhin die Bemühungen zur Vermittlung von geeigneten, leerstehenden Flächen für Zwischennutzungen für Kreative unterstützen. Wir wollen den Etat zum Ankauf von Kunst

durch die Museen und die Artothek im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt erhöhen und die Sichtbarkeit und Nutzung der Artothek verbessern.

Die Kreativwirtschaft und Gründer:innen sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt Offenbach. Das Zollamtsstudio bietet ortsansässigen Künstler:innen einen Ort. Diesen werden wir sichern oder ein vergleichbares Angebot schaffen.

Wir wollen den Austausch mit der HfG ausbauen und ihr anbieten, sich stärker in städtische Projekte einzubringen. Ziel ist eine bessere Sichtbarkeit der Aktivitäten der HfG im städtischen Raum. Die Stiftungsprofessur soll fortgeführt werden.

Für die Nachnutzung der Stadtbibliothek wird eine Machbarkeitsstudie erstellt. Für die Büchereibereiche, die nicht zum Bücherturm gehören, wird eine wirtschaftliche Nachnutzung angestrebt. Für den Bücherturm wird eine auch kulturelle Nachnutzung angestrebt. Er soll im Eigentum der Stadt verbleiben.

Kreative Events und Feste feiern

Wir bewahren und stärken weiter etablierte Events wie das Projekt „Musik im Park“ oder das städtische Lichterfest. Das vorliegende Feste-Programm ist nach der Pandemie umzusetzen und stetig auf Qualität, Nutzen und Erfolg zu evaluieren. Hierfür stehen weiterhin 150.000 Euro zur Verfügung. Eine 50%ige Aufstockung um 75.000 Euro strebt die Koalition an.

Kreative Lösungen im Kulturbereich aus der Pandemiezeit sollen möglichst beibehalten werden. Ziel ist eine breitere Teilhabe. Insbesondere (kostenpflichtige) Live-Übertragungen von Aufführungen im Capitol oder virtuelle Museumsrundgänge gewähren Bürger:innen einen unkomplizierten Zugang.

Wir wollen die Stadt erlebbar machen und daher prüfen, ob durch Dritte Stadtführungen in virtuellen und erweiterten Realitäten (VR & AR = Virtual and Augmented Reality) realisiert werden können. Die Koalition wird anregen, dass die Messe Offenbach ein Festival für Digitalkultur ausrichtet , z. B. im Rahmen einer Messe für E-Gaming und E-Sports, ähnlich dem Leipziger Chaos Communication Congress.

Städtepartnerschaften aufleben lassen

Wir wollen bisherige Städtepartnerschaften intensivieren, ihre Kulturkooperation ausbauen und via Social Media stärker bewerben. Wir wollen auch prüfen, ob sich eine weitere Städtepartnerschaft anbietet.

Haus der Vereine prüfen

Nach Abschluss der Machbarkeitsstudie zum Thema „Haus der Vereine“ wird die Koalition Finanzierungsmöglichkeiten über Fördergelder prüfen. Der Betrieb muss für die Stadt kostenneutral gestaltet werden. Die Bedarfe der Vereine in den Ortsteilen sollen berücksichtigt werden.

Sport

Sport gehört fest in den Alltag vieler Offenbacher:innen. Egal ob gemeinsam im Verein oder individuell an der frischen Luft, wir möchten in den kommenden Jahren die Sportangebote stärker an die Bedürfnisse unserer Einwohner:innen anpassen. Als Leitlinie und wichtige Orientierung dient uns dabei der Sportstättenentwicklungsplan.

Sportstättenentwicklungsplan nutzen

Die Koalition wird zusammen mit der Sportkommission auf Basis der Erkenntnisse aus dem Sportstättenentwicklungsplan eine Prioritätenliste erarbeiten, die die finanziellen Möglichkeiten der Stadt und Fördermöglichkeiten von Bund und Land berücksichtigt. Dabei werden wir sowohl den Vereinssport als auch Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung im öffentlichen Raum im Auge haben.

Der Freizeit- und Breitensport ist uns wichtig. Die Sportstätten-Kapazitäten für den Freizeit- und Breitensport dürfen bei zukünftigen Umsetzungen von Maßnahmen daher nicht reduziert werden. Auch Sondersportanlagen wollen wir erhalten und unterstützen.

Wir treten für geschlechtergerechte Investitionen und Sportförderung ein, die allen Offenbacher:innen zugutekommen soll.

Mehr Bewegung für alle

Auf Grünflächen, im Wald und in Parks sollen dezentrale Bewegungsmöglichkeiten entstehen und erweitert werden. Die Angebote sollen vielfältig sein – vom Fitness-Parcours über Bolzplätze bis zu Skateanlagen, Trimm-Dich-Pfaden. Wir wollen verschiedenste Nutzerkreise ansprechen und alle Bedarfe und körperlichen Voraussetzungen mit Sportangeboten im öffentlichen Raum berücksichtigen. Wir werden bei alledem auch die Wegenetze verbessern, um Sportarten wie Laufen, Walken, Skaten und Radfahren zu fördern.

Die noch ausstehenden Sanierungen der Offenbacher Spielplätze und Spielhöfe setzen wir weiter fort, damit Kinder mehr Bewegungsmöglichkeiten erhalten.

Schwimmen sichern

Da es für die Koalition einen hohen Stellenwert hat, dass Offenbacher Kinder und Jugendliche Schwimmen lernen, wollen wir im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel und mit Hilfe von Fördermitteln (SWIMM) den Betrieb des Waldschwimmbads langfristig sichern. Hierzu werden wir Konzepte entwickeln.

Die Koalition wird die Prüfung, ob das Schwimmen im Main (Hafenbecken) ermöglicht werden kann, konstruktiv begleiten.

Zusammenarbeit fördern

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und der freien Vereinsszene weiter verbessern. Hierfür wollen wir zum Beispiel bei der Organisation der Hallenbelegung und der Digitalisierung den Offenbacher Vereinssport unterstützen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Sportkreis, der Sportjugend Offenbach/Hessen, den Schulen und dem städtischen Jugendamt wollen wir intensivieren. Auch Kooperationen von Sportvereinen und Stadtteilprojekten mit sozialpädagogischer Ausrichtung, wie dem Boxclub Nordend oder dem Fanprojekt der Kickers, möchten wir weiter ausbauen. Wir wollen Kooperationen der Sportvereine mit den Schulen im Zuge der Ganztagsbetreuung weiter stärken. Um dies realisieren zu können, werden wir prüfen, ob hierfür eine Personalaufstockung notwendig sein wird.

Soziales

Offenbach ist keine reiche Stadt. Aber wir sind eine Stadt, die zusammenhält und sich gegenseitig unterstützt. Wir wollen als Stadtregierung diejenigen, die auf unsere Solidarität angewiesen sind, gemeinsam mit den sozialen Träger:innen und den vielen engagierten Ehrenamtlichen durch niedrigschwellige und zielgenaue Angebote unterstützen und allen den ökonomischen und gesellschaftlichen Aufstieg in unserer Stadt ermöglichen. Eine gelingende Sozialpolitik ist ein entscheidendes Instrument um zu verhindern, dass Menschen von der dynamischen Entwicklung

unserer Stadt abgehängt werden. Das Wachstum Offenbachs als Ganzes muss gleichermaßen mit dem Versprechen auf die Möglichkeit des individuellen Aufstiegs für all ihre Bewohner:innen verbunden sein. Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf die Bekämpfung der Kinderarmut. Alle Kinder verdienen die gleichen Möglichkeiten und kein Kind sollte in Armut aufwachsen müssen. Als eine der vielfältigsten Städte Deutschlands sind uns eine gelingende Integration und das Ziel, eine Stadt ohne Rassismus zu werden, von besonders großer Bedeutung.

Sozialen Zusammenhalt stärken

Begegnungsstätten in den Stadtteilen bieten Raum für Partizipation, Inklusion, generationenübergreifende Arbeit und die Teilhabe aller Nachbar:innen. Sie koordinieren Aktivitäten in der Nachbarschaft und fördern freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe.

Deshalb möchten wir die wichtige Arbeit der Offenbacher Stadtteilbüros sichern und bedarfsgerecht weiter unterstützen. Wir möchten die Zusammenarbeit der Stadtteilbüros mit Vereinen und Kirchen weiter fördern, um ein attraktiveres Freizeit- und Kulturprogramm in unseren Stadtteilen zu ermöglichen.

Auch die Offenbacher Familienzentren bieten ergänzend wichtige Bildungs-, Betreuungs- und Beratungsangebote für die ganze Familie an. Sie ermöglichen die Begegnung und die Kommunikation unserer Bürger:innen. Deshalb wollen wir sie weiterhin fördern und bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Wir möchten die Sichtbarkeit von LSBTQIA* (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, queer, intergeschlechtlich, asexuell) erhöhen. Auch hierfür möchten wir Orte der Begegnung schaffen, ein spezifisches Beratungs-, Freizeit- und Sportangebot und Beratungsangebote für Alten- und Pflegeeinrichtungen bezüglich LSBTQIA* fördern. Den Beitritt der Stadt Offenbach zum Rainbow Cities Network streben wir an.

Menschen, und insbesondere Kinder und Jugendliche, müssen vor negativen Entwicklungen geschützt werden. Das gelingt nur mit sozialer Präventionsarbeit. In diesem Bereich möchten wir prüfen, ob mehr dezentrale oder aufsuchende Angebotsformen geschaffen werden müssen. Dies gilt insbesondere für Angebote an zugewanderte Menschen oder die Weiterentwicklung von Programmen zur Gewalt-, Sucht- und Drogenprävention sowie um Erziehungs- und Beratungsangebote. Unter anderem wollen wir auch die Finanzierung der Mediensuchtberatung weiterhin sicherstellen.

Um positiv auf das Freizeitverhalten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen und das Zusammenleben der Bewohner:innen in unseren Wohnquartieren, wie bspw. an der Roland-Passage oder in Waldhof, einzuwirken, möchten wir die Aufsuchende Sozialarbeit (Streetworking auch in den Abendstunden) verstärken.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Ausweitung der Schulsozialarbeit ein, da sie einen wichtigen Beitrag für mehr für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit leisten kann.

In der Schule wird den Schüler:innen in erster Linie Wissen vermittelt. Ebenso sollten sie jedoch lernen, wie man Konflikte löst, Streit gewaltfrei beendet und respektvoll miteinander umgeht. Denn moderne Bildung muss auch die Sozial- und Lernkompetenzen der Schüler stärken. Deshalb ist Schulsozialarbeit auch in unserer Stadt so wichtig. So mancher soziale Nachteil, den Schüler:innen mitbringen, kann dadurch ausgeglichen werden.

Es ist unser Ziel, mindestens eine Stelle pro Schule und bei besonderen Bedarfen eine zusätzliche Nachsteuerung zu gewährleisten. Hierbei soll die Finanzierung über Drittmittel erfolgen. Darüber

hinaus möchten wir uns beim Land bewerben, um die weitere Teilnahme am Pilotprojekt "Gesundheitsfachkräfte" an möglichst allen Standorten zu erreichen.

Ein Thema, das für uns eine besonders hohe Priorität hat, ist die Bekämpfung von Kinderarmut in unserer Stadt. Arbeitslosigkeit oder ein niedriges Einkommen sind die Hauptgründe für fehlendes Geld in den Familien und damit auch der wichtigste Auslöser für Kinderarmut.

Studien belegen, dass Kinder alleinerziehender Eltern, Kinder mit mindestens zwei Geschwistern und Kinder geringqualifizierter Eltern besonders von Armut bedroht sind.

Neben der Erhebung der Zahlen im jährlichen Sozialbericht über die in Offenbach existierende Kinderarmut braucht es einen konkreten Aktionsplan dagegen. Dieser soll mit den beteiligten Institutionen, Träger:innen und Verbänden erarbeitet werden, um neue ineinandergreifende Hilfen für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien zu entwickeln.

In einen solchen Aktionsplan gegen Kinderarmut möchten wir u.a. die folgenden Bausteine aufnehmen:

- Armutssensibles Handeln in der Verwaltung und in Bildungseinrichtungen soll verbessert werden. Fachkräfte sollen darin geschult werden, verdeckte Armut zu erkennen und Unterstützungsangebote sensibel zu unterbreiten.
- Insgesamt soll die Zusammenarbeit der privaten und öffentlichen Träger:innen im Rahmen der Hilfsangebote für Familien, Eltern und Kinder besser koordiniert und eine engere Zusammenarbeit mit den Schulen unterstützt werden. Wir wollen erreichen, dass diejenigen, die auf Hilfen angewiesen sind, diese auch leichter in Anspruch nehmen können.
- Wir werden benachteiligten Kindern und Jugendlichen den Zugang zu kulturellen Angeboten, wie etwa der Jugendkunstschule und der Musikschule oder der VHS ermöglichen (Kulturkarte). Eine Kooperation von Vereinen mit Kitas, Schulen, Jugend- und Familienzentren soll ebenfalls für verbesserte Zugangsmöglichkeiten zu Sport und Kultur sorgen. Kinder und Jugendliche aus ökonomisch schwächeren Familien sollen durch eine Förderung auch an Vereinssportangeboten teilnehmen können.
- Ein weiteres Programm soll daran arbeiten, möglichst jedem sozial benachteiligten Kind den Besitz eines eigenen Fahrrads zu ermöglichen.
- Für Bürger:innen und deren Familien, die in finanzielle Notlagen geraten sind, stellt die Schuldner:innenberatung ein wichtiges Hilfsangebot dar. Deshalb möchten wir deren kommunalen Finanzierungsanteil langfristig sichern.
- Um insbesondere auch Alleinerziehenden eine berufliche Perspektive im Rahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu eröffnen, möchten wir das Angebot an Teilzeitausbildungen stärken.

Auch über die Kinder und Jugendlichen hinaus möchten wir dafür Sorge tragen, dass Menschen in Notlagen in unserer Stadt nicht alleine gelassen werden. Um zu weiteren Verbesserungen zu gelangen werden wir insbesondere die wichtige Arbeit der Offenbacher Tafel weiter unterstützen, indem die Stadt über Zuschüsse die Kosten für Räumlichkeiten, Lagerflächen und Stromkosten übernimmt. Zudem werden wir uns für die Finanzierung zum Erhalt der „Caritas Straßenambulanz“ und der „Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung“ engagieren.

Gerade im Sozialbereich ist die Arbeit von Ehrenamtlichen eine besondere Bereicherung für unsere Stadtgesellschaft. Die Stadt wird deshalb das Freiwilligenzentrum weiterhin unterstützen und fördern. Das Freiwilligenzentrum Offenbach e. V. ist seit 2002 das Kompetenzzentrum für die

Förderung von ehrenamtlichem Engagement in Offenbach. Es versteht sich als Schaltstelle zwischen Ehrenamtlichen und Organisationen, Vereinen und Initiativen.

Wir prüfen die Teilnahme an einem städteübergreifenden Cannabis-Modellprojekt mit bundesweiter Wirkung, z. B. zugunsten von Schmerzpatient:innen.

Nicht zuletzt fordert ein gutes soziales Miteinander auch, dass alle Arbeitnehmer:innen für ihre Leistung ein Mindestmaß an Bezahlung erhalten müssen. Deshalb werden wir für die Beschäftigten aller Unternehmen der SOH einen Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde einführen.

Vielfalt und Anti-Rassismus

Offenbach ist die diverseste deutsche Großstadt. Dies betrachten wir als große Stärke. Allein das Bekenntnis zur Vielfalt unserer Stadt reicht jedoch nicht aus. Die Stadtpolitik ist gefragt, die Möglichkeiten für eine gelingende Integration ständig zu verbessern und gegen alle Formen des Rassismus und der Intoleranz anzukämpfen.

Wir glauben, dass das Zusammenleben in Offenbach bereits jetzt besser gelingt als in vielen anderen Städten und Regionen. Dennoch fühlen sich „migrantisch gelesene“ Menschen auch in unserer Stadt regelmäßig rassistischen Diskriminierungen ausgesetzt. Für jene Menschen werden wir eine Ansprechstelle in Form einer hauptamtlichen Antidiskriminierungsstelle schaffen. Diese soll Menschen beraten und unterstützen, die Opfer rassistischer Anfeindungen geworden sind und die gemeldeten Vorfälle dokumentieren. Zudem wird sie gemeinsam mit Initiativen und Bündnissen der Zivilgesellschaft die bestehenden Maßnahmen der Stadt sowie freier Träger:innen gegen Rassismus, für Diversität und einen besseren Zusammenhalt koordinieren und unterstützen.

Zum Kampf gegen Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gehört auch die frühzeitige Präventionsarbeit. Dafür wollen wir an Schulen und Kitas Präventionsangebote ermöglichen, die rassistischen ebenso wie frauenfeindlichen, homophoben, antisemitischen und anderen menschenfeindlichen Handlungen entgegenwirken.

Wir werden das Angebot von Integrations- und Sprachkursen fortführen und weiterentwickeln. Die derzeit durch Landesmittel finanzierten weiterführenden Sprachkurse „Mama lernt Deutsch“ wollen wir langfristig absichern.

Die erfolgreiche Arbeit der “Integrationslots:innen” des Freiwilligenzentrums werden wir weiter fördern und bei Bedarf ergänzen. Insbesondere das deutsche Rechts- und Verwaltungssystem bereitet vielen neu Angekommenen große Schwierigkeiten. Aufsuchende Sozialarbeit muss hier helfen, dass Menschen die ihnen zustehenden Ansprüche und Angebote auch wahrnehmen können.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die vielfältigen Angebote freier und privater Träger:innen besser mit den kommunalen Angeboten koordiniert werden. Zudem muss die Information über bestehende Angebote an die Menschen mit potenziellen Bedarfen kommuniziert werden. Hierzu werden wir die Zusammenarbeit mit den Schulen über die Bereitstellung von Elterninformationen verbessern.

Kultur- und Sportvereine dienen gerade Neuankommenden und neuen Gruppen als erste Orientierungsstelle. Für die Stadt sind sie Integrationspartner:innen.

Die Fortschritte und Entwicklungen in der Integrationsarbeit sollen in einem 2024 neu aufzulegenden Integrationsbericht festgehalten werden.

Offenbach soll “Sicherer Hafen” werden und sich für eine Übernahme der kommunal anfallenden Kosten für Asylsuschende durch den Bund einsetzen, insbesondere für Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote.

Wir empfinden es als wichtig, dass die Vielfalt unserer Stadt auch in ihrer Verwaltung repräsentiert wird. Dafür bedarf es einer gelingenden Diversity-Strategie der Stadt als Arbeitgeberin. Diese wird von einer Diversity-Beauftragte:n, die innerhalb der Verwaltung benannt wird, entwickelt und fortgeschrieben werden. Zudem soll sie als Ansprechpartner:in für Mitarbeiter:innen fungieren und die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten durch die Vermittlung von Informations- und Fortbildungsangeboten weiter stärken.

Kinder, Jugendliche und junge Menschen

Der Koalition ist es wichtig, dass alle Offenbacher Kinder von Anfang an ihre Talente entfalten können – auch wenn sie schwierige Startbedingungen haben. Hierfür sind qualifiziertes Personal und ein angemessener Rahmen wichtig.

Daher sind wir uns einig, dass wir die Kitaplätze in Offenbach weiter bedarfsgerecht ausbauen wollen, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Eltern zu erfüllen.

Gleichzeitig möchten wir die Kinderbetreuung möglichst flexibel und kindgerecht gestalten und damit u. a. Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. An das Land Hessen stellen wir die Forderung, für Kitas einen Sozialindex einzuführen, um Kitas mit besonderen Bedarfen mit mehr Personal ausstatten zu können.

Um hierfür genügend Fachkräfte verfügbar zu haben und die Erzieher:innenausbildung attraktiver zu gestalten, möchten wir die duale Ausbildung für Erzieher:innen fördern, indem wir im Eigenbetrieb weiterhin verstärkt Ausbildungsplätze anbieten.

Die erfolgreiche vorschulische Sprachförderung an einzelnen Kitas („Vorlaufkurse“) werden wir als Regelangebot an weiteren Kitas einführen und Demokratieförderprogramme an den Kindertageseinrichtungen durchführen. Wir wollen gesundes Essen und gesunde Ernährung bei unseren Kleinsten fördern, beispielsweise durch das Programm für einen "zuckerfreien Vormittag“ in unseren Einrichtungen.

Für die Übergangsphase zwischen Kitas und Grundschule sollen Kooperationsstandards zwischen Kitas und Grundschule erarbeitet werden.

Räume sich zu bewegen, zu entfalten, gemeinsam oder allein aktiv zu sein, sind zentrale Aspekte des sozialen Zusammenlebens und der Teilhabe in Offenbach. Uns ist es deshalb wichtig, solche Räume bereitzustellen und den Bedürfnissen der Jugendlichen und Kinder in unserer Stadt entsprechend zu entwickeln.

Die Modernisierung der Offenbacher Spielplätze soll weitergehen. Im Zuge der Fortschreibung des Spielplatzrahmenplans achten wir darauf, dass künftig insbesondere Baumpflanzungen und Sonnensegel für mehr Schatten sorgen. Wo möglich sollen die Nutzungszeiten von Spielplätzen an Sonn- und Feiertagen ausgeweitet werden. Darüber hinaus soll geprüft werden, inwiefern weitere Schulhöfe auch außerhalb der Unterrichtszeiten und an Wochenenden für Kinder und Jugendliche geöffnet werden können.
Ergänzend wollen wir einen Spielflächenentwicklungsplan erstellen lassen. In diesem Rahmen möchten wir unter Einbeziehung des Kinder- und Jugendparlaments zusätzliche kleinere Flächen im Stadtgebiet ausfindig machen, die durch eine kinderfreundliche Gestaltung, kleine Spielgeräte, Markierungen auf dem Boden oder Parcours-Hindernisse ergänzt werden.

Kinder- und Jugendfarm sowie Waldzoo wollen wir weiter fördern und eine Weiterentwicklung ermöglichen.

Das Angebot an Grillplätzen und Freizeitsportmöglichkeiten in der Stadt, insbesondere aber auch in den dezentralen Stadtteilen Bürgel, Bieber und Rumpenheim, möchten wir ausweiten. Dabei sollen vor allem Orte, an denen sich Jugendliche ohnehin treffen, so umgestaltet werden, dass sie dafür auch die entsprechenden Möglichkeiten vorfinden.
Auch die Freizeitmöglichkeiten im Leonhard-Eißnert-Park sollen erhalten und ausgebaut werden. Insbesondere der Skate-Park soll in einem guten Zustand erhalten werden.
Darüber hinaus möchten wir uns für die Zugänglichkeit von Bandproberäumen und Aufnahmestudios für junge Künstler:innen in Offenbach einsetzen. In Zusammenarbeit mit den Jugendzentren und Vereinen möchten wir das Angebot an Sport- und Freizeitcamps in den Ferien ausweiten.

Insgesamt möchten wir in der Stadtplanung Beteiligungsformate für Kinder entwickeln. Hierbei sollte insbesondere auch das Kinder- und Jugendparlament eingebunden werden.

Als Freiraum für Jugendliche und junge Erwachsene von 14 bis 24 Jahren werden wir ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in der Innenstadt einrichten.

Wir wollen die Umsetzung des Aktionsplans zur Entwicklung von einer Familienservicestelle unterstützen.

Frauen

Die gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Teilhabe von Frauen ist ein Kernziel der Koalition. Deren unterschiedliche und vielfältige Lebensentwürfe gilt es dabei anzuerkennen und zu fördern.

Wir möchten, dass die Sichtbarkeit des Frauenbüros erhöht wird sowie Schwachstellen innerhalb der Stadt, an denen es zur Benachteiligung von Frauen kommt, ausfindig gemacht werden. Dafür ist die Entwicklung konkreter Maßnahmen und Handlungsstrategien notwendig. Hierfür werden wir die Arbeit des Offenbacher Frauenbüros weiter stärken und die gewährten Mittel auch weiterhin bereitstellen.

Weiterhin bedarf es gezielter Maßnahmen und passender Rahmenbedingungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. In 2018 haben die Offenbacher Stadtverordneten einen Aktionsplan dazu beschlossen. Wir unterstützen die Zielsetzungen des Aktionsplans für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dessen konsequente Umsetzung. Wir sind davon überzeugt, dass eine erfolgreiche Umsetzung sich für Offenbacher Unternehmen als Standortvorteil erweisen werden.

Die gleiche Teilhabe von Frauen in allen Bereichen hat für uns oberste Priorität. Daher wirken wir auf eine paritätische Besetzung aller politisch zu besetzenden öffentlichen Gremien, Ämter, Kommissionen, Beiräten, Verwaltungs- und Aufsichtsräten sowie sonstiger Gremien hin.

Auch in Offenbachs sozialen Einrichtungen, Initiativen, Schulen und Sportvereinen soll der Kampf gegen geschlechtsspezifische Stereotype unterstützt werden. Wir wollen daher die Mädchensozialarbeit innerhalb unserer Stadt nach Möglichkeit weiter ausbauen.

Geschlechtsspezifische Gewalt ist eine Menschenrechtsverletzung. Im Februar 2018 ist die Istanbul-Konvention durch Gesetz in Deutschland in Kraft getreten. Die Istanbul-Konvention verpflichtet zu einer bedarfsdeckenden, wohnortnahen und angemessenen Infrastruktur, um Schutz vor Gewalt zu garantieren. Wir setzen uns für die kommunale Umsetzung der Istanbul-Konvention in Offenbach ein.

Insbesondere werden wir die Arbeit des Vereins „Frauen helfen Frauen“ bedarfsgerecht unterstützen sowie die Anzahl der Familienzimmer als sichere Unterkunft in einem neuen Frauenhaus von derzeit

12 auf 14 erhöhen. Das derzeitige Gebäude halten wir für eine bedarfsgerechte Versorgung für nicht mehr geeignet. Zudem soll ein angemessenes Angebot für Kurzzeitübernachtungen alleinstehender Frauen ohne festen Wohnsitz geschaffen werden.

Weiterhin werden wir die GBO mit einer verbindlichen Regelung zur Vermittlung von Wohnungen an Wohnungssuchende aus den Frauenhäusern und dem Programm für Wohnungslose verpflichten sowie auf eine Selbstverpflichtung weiterer Wohnungsanbieter hinwirken.

Die städtische Kampagne „Hilfe gegen Gewalt" soll gestärkt und noch präsenter innerhalb der Stadt werden. Darüber hinaus soll in Zusammenarbeit mit dem Frauenbüro die bestehende Kampagne erweitert werden, um Übergriffe in Bars, Clubs, Restaurants und Kneipen zu vermeiden. Auch die sexualisierte Belästigung im öffentlichen Raum - unter anderem sogenanntes „Catcalling" - soll zukünftig thematisiert und bekämpft werden.

Wir werden ferner das Hilfetelefon-Programm „Haltepunkt" für von sexualisierter Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche ausweiten und als Bestandteil in die stadtweiten Plakatkampagne „Hilfe gegen Gewalt" aufnehmen. Die Beratungsstelle soll dabei eine höhere finanzielle Förderung erhalten, um ihre personellen Ressourcen sicherstellen und ausweiten zu können.

Der 2014 beschlossene Kooperationsverbund, der Opfern von Vergewaltigungen eine medizinische Ersthilfe im Sana-Klinikum und im Ketteler-Krankenhaus ermöglicht, soll weiter gefördert und auf andere Formen der Gewalt gegen Frauen, wie das Delikt der Körperverletzung, erweitert werden.

Wir werden ein Verbot von sexistischer Werbung auf städtischen Werbeflächen sowie den Werbeflächen städtischer Partnerunternehmen über die Vertragsgestaltung durchsetzen.

Wo es die Erkenntnislage bereichern kann, soll bei statistischen Erhebungen der Stadt darauf geachtet werden, wie die unterschiedlichen Geschlechter betroffen sind.

In 2016 waren weniger als 10 Prozent aller Offenbacher Straßen, Brücken, Wege und Plätze nach Frauen benannt. Wir treten dafür ein, dass zukünftig vorrangig bedeutende Frauen durch eine entsprechende Benennung geehrt werden.

Senior:innen

Die Koalition setzt sich für gute Lebens- und Wohnverhältnisse unserer Senior:innen ein, gegen Altersarmut und Vereinsamung und für mehr soziale Teilhabe.

Um diese Ziele umzusetzen, möchten wir Leitlinien gegen Altersarmut im regelmäßig fortzuschreibende Altenplan einbetten.

Diese Leitlinien sollten die verschiedenen Dimensionen von Altersarmut wie materielle Versorgung, kulturelle und soziale Teilhabe und Bildung ebenso berücksichtigen wie die psychische und physische Betreuung einschließlich der Pflege. Wir möchten eine regelmäßig angepasste Bedarfsplanung mit Beteiligung des Seniorenrates. Damit möchten wir die erfolgreiche Umsetzung von mehr sozialer Teilhabe sowohl beim Wohnen als auch zur Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit älterer Menschen fördern.

Insgesamt soll ein armutssensibles Handeln in der Verwaltung und in Bildungseinrichtungen weiterentwickelt werden. Hierzu gehören auch Schulungen für Fachkräfte, um verdeckte Armut zu erkennen und Unterstützungsangebote sensibel zu unterbreiten.

Wir haben das Ziel, in der Innenstadt einen fußläufig und barrierefrei zu erreichenden Beratungs- und Informationspunkt im Sinne eines Senior:innenbüros einzurichten und möchten prüfen, mit welchem Konzept dies am besten umgesetzt werden kann.

Mit Blick auf die Bedürfnisse vieler älterer Menschen in Offenbach möchten wir die bestehenden Einrichtungen im stationären Bereich der Altenpflege dabei unterstützen, kultursensible Angebote anzubieten.

Wir sprechen uns für eine nachhaltige Förderung der Hospizbewegung und der diese stützenden ehrenamtlichen Helfer:innen, Stiftungen und Vereine aus.

Inklusion

Wir stehen zu unserer Verantwortung bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen und wollen die Chancengleichheit behinderter und nichtbehinderter Menschen mit dem Kommunalen Aktionsplan Inklusion erreichen.

Der Kommunale Aktionsplan Inklusion wird ständig und zielstrebig den Erfordernissen gehandicapter Menschen angepasst und umgesetzt.

Zur Erreichung unserer Ziele intensivieren wir die Kooperation zwischen dem Landeswohlfahrtsverband Hessen und der Stadt Offenbach.

Wir setzen uns für die Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen Raumes ein. Hierzu gehören insbesondere auch öffentlich zugängliche barrierefreie Toiletten und die Verwendung einer altengerechten Stadtmöblierung. Auch in unseren städtischen Dienstgebäuden streben wir das Ziel an, eine größtmögliche Barrierefreiheit zu realisieren.

Wo immer es rechtlich möglich ist, sollen die Bescheide städtischer Ämter in einfacher Sprache verfasst werden.

Zusammenarbeit der Koalition

1. Die Koalitionsvereinbarung gilt für die gesamte Wahlperiode bis 2026
2. Die Koalitionspartner:innen stimmen in allen Gremien grundsätzlich gemeinsam ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der Vereinbarung sind.
3. Anträge und Initiativen in der Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen und in allen übrigen Gremien werden nur gemeinsam eingebracht. Das Einvernehmen gilt auch für Vorlagen im Magistrat, für Personalvorschläge, die die Stadt Offenbach macht bzw. den Stadtkonzern.
4. Die Abstimmung der Koalition zu Fachvorlagen und Fachinitiativen erfolgt in den Arbeitskreisen der Koalition bzw. zwischen den Obleuten. Ist eine Einigung nicht möglich, ist es Aufgabe der Fraktionsvorsitzenden bzw. der Koalitionsrunde diese herbeizuführen.
5. Die Koalition bildet Facharbeitskreise spiegelbildlich zu den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung.
6. Die Abstimmung der Koalition zu Personalentscheidungen, Entscheidungen der Gesellschaften oder Beteiligungen ist Aufgabe der Fraktionsvorsitzenden bzw. der Koalitionsrunde.
7. Ist auf Ebene der Arbeitskreise oder der Fraktionsvorsitzenden keine Einigung zu erzielen, fällt diese Aufgabe der Koalitionsrunde zu.
8. Die Koalitionsrunde besteht aus den Fraktions- und Parteivorsitzenden sowie den Dezernenten der Koalition. Sie tagt in der Regel einmal pro Sitzungszyklus oder auf Verlangen einer Partner:in. Für besonders wichtige Belange kann die „große Koalitionsrunde“ einberufen werden. Sie besteht aus den o. g. Personenkreis plus den Fachsprecher:innen der Fraktionen.
9. Einmal jährlich findet eine Haushalts- und Strategieklausur der großen Koalitionsrunde statt.
10. Die Koalitionsrunde berät über anstehende Vorlagen, Tagesordnungspunkte der Magistratssitzungen ebenso wie über alle bedeutsamen Entwicklungen und Vorhaben.
11. Die Fraktionsvorsitzenden und Dezernent:innen treffen sich zusätzlich zwischen den Koalitionsrunden.
12. Die Dezernent:innen der Koalition verpflichten sich, Kerninhalte und Vorlagen frühzeitig vorzulegen und eine ausreichende Beratung in den Arbeitskreisen der Koalition zu gewährleisten. Bei dringlichen Vorlagen erfolgt eine Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden. Gelingt keine Einigung, geht die Vorlage an die Koalitionsrunde.
13. Die Koalitionspartner:innen erkennen an, dass die Parteien auf übergeordneten Ebenen verschiedene Positionen vertreten. Bei regional-, landes- und bundespolitischen Themen in der Stadtverordnetenversammlung wird ein gemeinsames Verfahren angestrebt, die Koalitionspartner sind aber frei in ihrem Abstimmungsverhalten.
14. Ein Konsens im Dissens kann durch einvernehmliche Absprachen ermöglicht werden.